



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



V.l.: Stellvertretender KPVLandesvorsitzender Gerhard Weber, MdL Georg Eisenreich, Landesvorsitzender Stefan Rößle und Landesgeschäftsführerin Christiane Juckenack. Foto: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Inklusion - nicht zum Nulltarif!

Georg Eisenreich: Kommunen sind wichtige Partner

Schülerinnen und Schüler mit Behinderung haben die Möglichkeit des gleichberechtigten Zugangs zum Bildungswesen. So sieht es die UN-Behindertenrechtskonvention vor und so ermöglicht es das Gesetz zur Inklusion in den Schulen zum Schuljahr 2011/12 in Bayern.

Wie der KPVLandesvorsitzende Landrat Stefan Rößle bei der jüngsten Sitzung des Landesvorstands und Hauptausschusses in München berichtete, hätten die Präsidenten der vier bayerischen kommunalen Spitzenverbände hierzu ein Schreiben zur Umsetzung der Inklusion an Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle gerichtet. Darin weisen sie darauf hin, dass es einer Anpassung der Schulbauverordnung sowie der Bestimmungen über die staatliche Förderung des Schulbaus bedarf.

Wahlrecht der Eltern personell besser ausgestattet werden, zudem solle das Kultusministerium die Kosten für die Umsetzung des Inklusionsgesetzes fortlaufend ermitteln.

Konnexität

Laut Vorsitzendem Rößle erkennt Bayern hier die Konnexität nicht an. Gerade deshalb sei die

Förderzuschlag

Zudem seien in Anlehnung an das Investitionsprogramm FAG 15 für inklusionsbedingte Bau- und Investitionsmaßnahmen ein Förderzuschlag sowie eine Verringerung der Fördermindestgrenzen vorzusehen. Für die inklusive Beschulung müsse ausreichend Lehr- und Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt werden. Auch die Förderschulen sollten im Hinblick auf das

finanzielle Unterstützung durch den Freistaat unentbehrlich.

Dem Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention, ein inklusives Schulsystem zu entwickeln, hat sich Bayern in beispielhafter Weise gestellt, führte MdL Georg Eisenreich, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport aus. Eine von ihm geleitete interfraktionelle Arbeitsgruppe des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtags hatte sich dieses wichtigen Themas angenommen und einen gemeinsamen Gesetzentwurf als ersten Schritt zur Umsetzung der Konvention erarbeitet.

Sternstunde des Parlaments

Damit haben Vertreter aller fünf Fraktionen des Bayerischen Landtags die Grenzen der Parteien überwunden und sich gemeinsam ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und der Verantwortung für die jungen Menschen mit Behinderung gestellt – „eine Sternstunde des Parlamentarismus“, wie Eisenreich betonte. Der Gesetzentwurf wurde am 13. Juli 2011 einstimmig vom Bayerischen Landtag beschlossen.

Inklusiver Unterricht und eine inklusive Schulentwicklung sei ein Thema für alle Schulen. In Art. 30a seien jene Schulformen zu finden, die sich bislang bewährt hätten und die es weiter geben könne. Art. 30b wiederum ermögliche nunmehr u. a. die Errichtung sog. Schulen mit dem Profil Inklusion, wovon es bayernweit bereits 41 gibt.

Wie Eisenreich in diesem Zusammenhang deutlich machte, (Fortsetzung auf Seite 4)

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Warnung vor verdeckten Staatsschulden

Pressekonferenz in München

Finanzwissenschaftler Raffelhüschen legt Gutachten zur Beamtenversorgung vor

Eine schwere Hypothek für kommende Generationen sieht der Bund der Steuerzahler in Bayern in den wachsenden Versorgungsausgaben für Beamte. Für den sozialen Frieden sei es wichtig, dass die Einschnitte in der Rentenversicherung wirkungsgleich in die anderen Versorgungssysteme übertragen werden. „Nur so lässt sich Gerechtigkeit und soziale Balance im Alter herstellen“, ist BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau überzeugt.

Da es „keine Privilegien“ geben dürfe und sichergestellt werden müsse, „dass sich Beamtenversorgung und Rentenversicherung im Gleichklang entwickeln“, hat der Bund der Steuerzahler in Bayern den Finanzwissenschaftler und Politikberater Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und sein Forschungszentrum Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg beauftragt, die Lage der Beamtenversorgung im Freistaat Bayern und mögliche Reformen unter die Lupe zu nehmen. Wichtige Ergebnisse des Gutachtens „Ausgabenprojektion und vor-

formszenarien der Beamtenversorgung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Freistaates Bayern“ stellten Raffelhüschen und der Mitautor der Studie Tobias Benz jetzt bei einer Pressekonferenz in München vor.

Reformschritte

Das Forschungszentrum hat im Detail untersucht, welche Reformschritte in der Versorgung der Beamten und ihrer Hinterbliebenen sich auswirken. Damit wird erstmals nachvollziehbar aufgezeigt, welche Reformen notwendig erscheinen und vor al-



Der neue Vorstand des Bayerischen Städtetags bei der Feierstunde im Alten Rathaus der Landeshauptstadt München.

Bayerischer Städtetag:

Feierliche Stabübergabe

Dank an Geschäftsführer Reiner Knäusl – Buckenhofer ist Nachfolger

Wechsel beim Bayerischen Städtetag: Im Rahmen einer Feierstunde im Alten Rathaus München wurde im Beisein zahlreicher Repräsentanten der kommunalen Familie das langjährige geschäftsführende Vorstandsmitglied Reiner Knäusl in den Ruhestand verabschiedet und sein Nachfolger Bernd Buckenhofer in das Amt eingeführt.

In seiner Begrüßung charakterisierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, unter anderem das Tätigkeitsfeld des Bayerischen Städtetags. „Wir wollen für die im Bayerischen Städtetag versammelte Mehrheit der bayerischen Bevölkerung deren Interessen bündeln und versuchen sie zu

vertreten. Auch gelte es, die kommunalen Anliegen zu bündeln. Städtetagsarbeit bedeute, „dass wir ganz dicht an den direkten und individuellen Bedürfnissen der Bevölkerung dran sind und dass wir versuchen, deren Wünsche und Ängste zu formulieren“. Letztlich gehe es darum, „die Problemlösungskompetenz des Staates zu erhalten“.

Hocheffiziente Arbeit

In einer Mannschaft, die aus „Generälen ohne Truppen“ besteht, übe der Städtetagsgeschäftsführer zahlreiche Funktionen aus, fuhr Maly fort. So habe er eine „nahezu geheimdienstähnliche Funktion“ inne. Er sei ein Generalist, weil zu allen Themen aussagefähig. Dezentrale Informationen zusammenzuführen und zu bündeln, stelle eine weitere Aufgabe des Geschäftsführers dar. „Reiner Knäusl hat dies die vergangenen sieben Jahre hocheffizient für uns erledigt“, lobte der Vorsitzende.

Einigkeit verlangt Solidarität

Einigkeit verlange Solidarität – „das dichteste Band, das einen kommunalen Spitzenverband zu-

sammenhält“, so Maly. Dies könne Knäusl als einen der „stillen Erfolge“ seiner Tätigkeit verbuchen. Dem Verband habe nie eine Spaltung gedroht.

Reiner Knäusl trat nach der 2. juristischen Staatsprüfung als Staatsanwalt und Richter in die Dienste des Freistaats Bayern. 1977 verließ er den Staatsdienst und wurde selbständiger Anwalt in München. 1980 wechselte er als Referent zum Bayerischen Städtetag. Weitere Stationen waren die Freie und Hansestadt Hamburg, die Tätigkeit als wis-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Als bekennender Valentinstags-Boykotter fühlt sich der Bürgermeister über jeglichen Rummel um den 14. Februar erhaben. Seine Vorzimmerperle aber meint: Kein Valentinstag ohne Liebesbrief! Schließlich sei es mit der Liebe wie mit den Pflanzen: Wer Liebe ernten will, muss Liebe säen. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Nachtragsetat 2012: Tauziehen um Milliarden	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bayern wird schuldenfrei bis 2030	3
Tagung: Wie viel Kirche braucht die Stadt?	3
GZ-Fachthemen:	
IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5-6
Kommunikationstechnologie	6-7
Dienstleistung · Outsourcing	7
Abfall · Umwelt · Rechtsfragen	8
Schulungen für kommunale Entscheider	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Nachtragsetat 2012 im Landtag:

Das Tauziehen um Milliarden

Erste Lesung mit Seehofers Schuldentilgungskonzept
Opposition geißelt „Schaufensterpolitik“

Im Landtag hat ein Milliarden-Tauziehen um den Nachtragsetat 2012 im Plenum und im Haushaltsausschuss begonnen. Angesichts weiterer Steigerung der Steuermehreinnahmen von 700 Mio. Euro auf geschätzt eine Milliarde geht es um das von Ministerpräsident Horst Seehofer im Januar für die eigene CSU-Fraktion überraschend propagierte Programm, bis 2030 die Schuldenlast von rund 32 Mrd. Euro, einschließlich der zehn Milliarden für die Rettung der BayernLB, zu tilgen. Finanzminister Markus Söder (CSU) hat demgemäß den Entwurf des Nachtragsetats 2012 darauf eingestellt, heuer mit einer Milliarde Tilgung zu beginnen. Die Staatsausgaben erhöhen sich insgesamt von 43,1 auf 44,3 Mrd. Euro. „Konsolidierung und Wachstum“ lautet das Leitmotiv.

Nicht nur um die Schuldentilgung, sondern auch um einzelne Sachfragen und die Auswirkungen auf die Kommunen geht es zwischen Opposition und Koalition. Über Details sind sich auch CSU und FDP noch nicht einig.

Die „Zukunftsfelder“ Familie und Bildung, Energie und Klimaschutz sowie der demografische Wandel bleiben die politischen Schwerpunkte. Die Erste Lesung des Nachtragsetats stand indessen völlig im Zeichen der Schuldentilgungsmilliarde. Der Finanzminister nannte es ein „nachhaltiges und glaubwürdiges Signal“. Das unverhoffte Sprudeln der Steuerquellen ermöglichte es, statt 250 Mio. Euro das Vierfache zum Beginn des Entschuldungsprogramms einzusetzen, was in den kommenden drei Jahren in gleicher Höhe fortgesetzt werde, weitere positive Entwicklung vorausgesetzt.

Nachhaltigkeit

„Wir sparen nicht zu Lasten der Kommunen, sondern wir beteiligen sie am wirtschaftlichen Aufstieg.“ Allerdings müssten die im Aufschwung vorangehenden Städte auch den Bedarf des Umlandes berücksichtigen. Der Rekordfinanzausgleich sei ein Zeichen für nachhaltige Politik. Söder berief sich auf die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände. Gemeindetagspräsident Uwe Brandl (CSU) hat in-

zwischen gemahnt, wer über Schuldenabbau rede, müsse das Thema bis zur kommunalen Ebene durchrechnen.

SPD-Haushaltsexperte Volkmann Halbleib bewertete Söders Rede als „gnadenlosen Populismus“. Das gelte für die Entschuldung wie für Sachausgaben. Die Staatsregierung müsse jetzt nachbessern, nachdem der Doppelhaushalt 2011/12 eher ein Abwärtstrend gewesen sei. Der Oberste Rechnungshof habe auch auf versteckte Verschuldung hingewiesen, zum Beispiel beim Straßenbau und bei der Gebäudesanierung. Im Zusammenhang mit der BayernLB würden die Lasten auf Kommunen und Sparkassen abgewälzt.

Für die Grünen sprach Claudia Stamm von „unseriöser Schaufensterpolitik“. Ebenfalls rügte sie versteckte Schulden. Ins gleiche Horn wie Halbleib blies sie auch in der Kritik hinsichtlich mangelnder Vorsorge für die Beamtenpensionen durch stornierte Zahlungen in den von Ministerpräsident Stoiber geschaffenen Ausgleichsfond. Söders Argument, Schuldenabbau komme die Staatsbediensteten billiger als der Fond, ließen die Oppositionssprecher nicht gelten. In diesem Punkt stimmte auch der FDP-Abgeordnete Karsten Klein mit der Opposition überein. Die Liberalen wollen demnach noch mit der CSU verhandeln, dass heuer 300 Mio. Euro in den

Fond gezahlt werden. Auch Manfred Pointner (FW) war für weitere Zahlungen an den Pensionsfond. Andererseits stellte er sich auf Seiten der Koalition beim jährlichen Abbau des Schuldenberges. Die Kommunen müssten von weiteren Belastungen freigehalten werden.

Vorsorge

Das Entschuldungsprogramm wurde von den Koalitionsfraktionen einhellig akzeptiert. Für die FDP nahmen Wirtschaftsminister Martin Zeil und Haushaltsexperte Karsten Klein die Idee Seehofers für ihre Partei in Anspruch. „Wir sehen, dass die CSU sich immer wieder durch unsere Beschlüsse anregen lässt, in die richtige Richtung zu gehen“, so Zeil. Klein betonte, in der Regierungszeit der FDP seien keine neuen Schulden gemacht worden. Auch in den Kommunen leiste die FDP wertvolle Arbeit und werde tätig bleiben. Söder hatte, wie eine Woche zuvor Ministerpräsident Seehofer (der bei der Etatdebatte wegen eines Grippeinfekts fehlte), die Mitarbeit der FDP ausdrücklich gelobt. Zeil habe „leidenschaftlich und kraftvoll“ gearbeitet.

Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter (CSU) sprach vom erfolgreichen Bemühen, unterschiedliche Ansichten zum gemeinsamen Regierungshandeln zusammenzuführen. Es gelte, die Vorsorge für künftige Generationen noch besser zu machen. Keine neuen Schulden zu machen, habe deswegen Priorität. Fraktionschef Georg Schmid bestätigte, das sei der richtige Weg. Die CSU-Politik stehe für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. „Wir wollen der jungen Generation keine Schulden, sondern Chancen hinterlassen.“ Rot-Grün habe kein Konzept für die Zukunft. Claudia Stamm hatte gefordert, „die Devise muss lauten, Umschichten auf Grün“. Der Finanzminister fasste zusammen, in drei Stunden Debatte seien von der Opposition keine seriösen Vorschläge zum Abbau der Schuldenproblematik gemacht worden. Die Auseinandersetzung geht im Haushaltsausschuss bis zur Verabschiedung des Nachtragsetats im Frühjahr weiter. **rm**

Deutscher Städtetag:

Gefährlicher Sanierungsstau

Präsidiumssitzung in Freiburg im Breisgau

Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder aufgefordert, auch künftig Verantwortung zu übernehmen, damit die Verkehrsinfrastruktur in den Städten erhalten und ausgebaut werden kann. Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, im Anschluss an Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Freiburg im Breisgau mitteilte, seien leistungsfähige Straßen- und Schienennetze in den Städten und Regionen ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik.

Leider sei deutlich sichtbar, dass die Verkehrsinfrastruktur in den Städten seit Jahren chronisch unterfinanziert ist, so Ude. Schlaglöcher, schadhafte Gleisanlagen und notdürftig erhaltene Brücken und Tunnel legten davon Zeugnis ab. Deshalb müssten die Bundesmittel für den ÖPNV und den Straßenbau in den Städten und Gemeinden deutlich erhöht werden. Die Länder wiederum hätten dafür zu sorgen, dass diese Mittel zielgenau für diese Verkehrsinvestitionen vor Ort eingesetzt werden können.

Derzeit stellt der Bund aufgrund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bzw. des Entflechtungsgesetzes jährlich 1,35 Milliarden Euro zur Verfügung, die von den Ländern für den Neu- und Ausbau von kommunalen Straßen und Schienenwegen eingesetzt werden können. Angesichts des über Jahre aufgelaufenen Investitionsstaus müssten diese Mittel

Stamm will den Landtag stärken

Rechtsgutachten bestätigt Mehrausgaben für die Fraktionen

Die Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (BayORH) an zu hohen Personalausgaben des Freistaats und damit verbunden die Mahnung, auch im Parlament zu sparen, ist für Landtagspräsidentin Barbara Stamm Anlass, die entsprechenden Zuschüsse für die Fraktionen und Abgeordneten in besonderen Funktionen als sachgerecht zu verteidigen. Gestützt auf kompetente Rechtsmeinung rechtfertigt sie nicht nur die entsprechenden Ausgaben im Landtagsamt und in den Fraktionen, sondern fordert sachgerechte und im Vergleich zur Staatsregierung angemessene Haushaltsansätze. Dies auch, um die Stellung der Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken.

Nach Vorlage des ORH-Jahresberichts hatte die Landtagspräsidentin im Dezember den Regensburger Verfassungsrechtswissenschaftler Udo Steiner (der 1995 bis 2007 dem Bundesverfassungsgericht angehörte) beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Es ging und geht um ein Urteil des obersten deutschen Gerichts aus dem Jahr 2000. Das BVerfG hatte einen Organstreit in Thüringen dahingehend entschieden, nur Fraktionsvorsitzende dürften Zuschläge zu ihren Diäten erhalten. Da Thüringen seinerzeit kein eigenes Verfassungsgericht hatte, sei Bundesrecht anzuwenden, entschied Karlsruhe. Steiner kommt in seinem jetzt im Maximilianenurn vorgelegten Gutachten zu dem Ergebnis, die Diskussion zur Verfassungsmäßigkeit von Fraktionszuschlägen für Abgeordnete mit besonderen Aufgaben könnte begründungs- und ergebnisoffen innerhalb und zwischen den Verfassungsorganen und Behörden des Freistaats Bayern geführt werden.

Sparsamkeit

Die Fraktionen hielten sich mit Stellungnahmen zurück. Auch wenn die Zulagen für Abgeordnete in Führungspositionen verfassungsmäßig seien, bleibe zu fragen, ob sie auch politisch begründet seien, erklärten die Grünen-Vorsitzenden Margarete Bause

und Martin Runge. Mit öffentlichen Mitteln solle möglichst sparsam umgegangen werden. Die Grünen haben 2010 nach unbestätigten Angaben rund 31.000 Euro für Sonderaufgaben ausbezahlt. Für die ungleich größere CSU-Fraktion wurden 750.000 Euro genannt, für die SPD als zweitgrößte Fraktion 250.000 Euro, für die FDP 133.000 Euro sowie für die Freien Wähler 112.000 Euro.

Vizepräsident Franz Maget (SPD) zeigte sich von Stamms Vorstoß „überrascht“. Im Präsidium habe man bislang kaum über dieses Thema diskutiert. Wenn die Präsidentin sogar dafür sei, Abgeordneten in bestimmten Fällen Dienstwagen zur Verfügung zu stellen, gehe das „ein bisschen weit“. In dem jetzt im Haushaltsausschuss umstrittenen Nachtragshaushalt 2012 stehen die Personalausgaben von 42,2% auf 41,5% leicht sinkend zu Buche. Das formale Gesamtvolumen der Ausgaben steigt von 43,1 Mrd. auf 44,2 Mrd. Euro. **rm**

Das Bank-Desaster vor Gericht

Die BayernLB hat zwei Schadenersatzklagen eingereicht - Es kann lange dauern

Die letzten Jahre beschlossenen und nun bei den Verwaltungsgerichten München und Würzburg eingereichten Schadenersatzklagen der BayernLB gegen zwei frühere Verwaltungsratsvorsitzende sind im Landtag von allen Fraktionen positiv aufgenommen oder ausdrücklich begrüßt worden. Es geht um die Hypo Group Alpe Adria (HGAA). Die BLB kaufte die Kärntner Bank 2007 für 1,6 Mrd. Euro; ein trügerischer Preis. Letztlich blieb man auf 3,7 Mrd. Verlust sitzen, die praktisch den Steuerzahlern zur Last fielen. Vom seinerzeitigen Finanzminister Dr. Kurt Falthäuser (CSU) und von Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser will man 200 Mio. Euro Schadenersatz einklagen.

Beide leiteten damals abwechselnd das Kontrollgremium der Staat und Sparkassenverband gehörenden Bank (die heute zu 96% Staatseigentum ist). Ihnen wird vorgeworfen, versäumt zu haben, sich genau zu informieren und den Verwaltungsrat vor Kaufabschluss einzuberufen. Im Landtag kam es zu einem Untersuchungsausschuss. Die Opposition

folgte aus der Beweiserhebung, nicht nur der Bankvorstand, sondern auch die Verwaltungsräte hätten grob fahrlässig gehandelt. Ausschussvorsitzender Thomas Kreuzer (CSU) und seine Fraktion waren skeptisch, ob das formalrechtlich zu belegen sei. Die Verantwortlichkeit des Bankvorstands wurde bestätigt. Seine Spitze wurde vom neuen Vorstand satzungsgemäß auf Schadenersatz verklagt. Das Verfahren läuft bereits. Kreuzer, heute Staatskanzleiminister, bleibt bei seinen Zweifeln, wie er auf Anfrage bestätigte. Durch Gerichtsentscheidungen könnte so oder so ein Schlussstrich gezogen werden. Die finanziellen Folgen des HGAA-Geschäfts sollen eventuell durch Verkauf der BayernLB verringert werden.

Gutes Signal

Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) bewertete die Schadenersatzklagen als „richtig und alternativlos“ und als „ein gutes Signal für die Bürger“. Seine Partei, damals nicht im Landtag, habe stets konsequente Aufarbeitung gefordert. Harald Güller (SPD), Stellvertreter Kreuzers im Untersuchungsausschuss, nannte die Verwaltungsklagen erfreulich. Die Grünen erachteten sie als überfällig. Die Politik sei maßgeblich für das Landesbank-Desaster verantwortlich, kommentierte Eike Hallitzky. Nicht nur die damaligen Vorsitzenden, sondern alle Mitglieder des Kontrollorgans seien ersatzpflichtig.

Fachjuristen der Fraktionen halten auch eine gerichtliche Einigung auf weit geringeren Schadenersatz für möglich. Der gesamte Komplex könne frühestens nächstes Jahr entschieden werden. Das Verwaltungsgericht Würzburg hat wegen zahlreicher weiterer Verwaltungs- und Strafgerichtsverfahren in Deutschland und Österreich erst mal das Ruhen des Verfahrens angeregt. Die HGAA ist mittlerweile für einen Euro an Österreich „verkauft“ worden. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister José-Ricardo Castro Riemenschneider 95686 Fichtelberg am 3.3.

Bürgermeister Andreas Hildebrandt 82491 Grainau am 4.3.

Bürgermeister Fritz Fürk 91281 Kirchenthumbach am 6.3.

Bürgermeister Hans Harrer 91795 Dollnstein am 22.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Dörner 86736 Auhausen am 3.3.

Bürgermeister Hans Koch 92281 Königstein am 5.3.

Bürgermeister Willibald Hogger 93164 Laaber am 6.3.

Bürgermeister Michael Spreng 85111 Adelschlag am 22.2.

Bürgermeister Georg Förster 91054 Buckenhof am 22.2.

Bürgermeister Hermann Reichert 91749 Wittelshofen am 26.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Eichler 85653 Aying am 24.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Hofer 94094 Malching am 17.2.

Bürgermeister Manfred Hauser 87662 Kaltental am 4.3.

Bürgermeister Wolfgang Fees 91094 Langensendelbach am 6.3.

Bürgermeister Peter Geiser 95197 Schauenstein am 24.2.

Bürgermeister Hans Prechtl 92551 Stulln am 24.2.

Bürgermeister Edmund Roeder 93483 Pöding am 27.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans-Jürgen Strehl 92265 Edelsfeld am 4.3.

Bürgermeister Ulrich Pfanner 88175 Scheidegg am 24.2.

Bürgermeister Dieter Mohr 91608 Geslau am 28.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Werkstätten:Messe Nürnberg:

Erfolgsgeschichte mit sozialem Anspruch

Auf der Werkstätten:Messe in Nürnberg stellen Werkstätten für behinderte Menschen Jahr für Jahr ein buntes Angebot an Produkten, Dienstleistungen und Informationen vor. Auch heuer ist sie vom 8. bis 11. März Treffpunkt und Forum für alle werkstatt-relevanten Themenbereiche und zieht Werkstattverantwortliche und –beschäftigte, Vertreter aus Politik, Sozial- und Bildungswesen und Facheinkäufer verschiedenster Branchen an. Die Messe ist unverzichtbar – als Informations-, Kommunikations- und Austauschplatz und als Verkaufsveranstaltung von wachsender Bedeutung.

Das kostenfreie Fachvortragsprogramm der Werkstätten:Messe informiert Aussteller und Besucher zu allen Fragen des Werkstattalltags: Wirtschaftsführung, Marketing, Vertrieb, Kooperation, Sozialpolitik und berufliche Bildung. Veranstalter der Werkstätten:Messe ist die Nürnberg-Messe, ideeller Träger die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG:WfbM).

Die Akzeptanz und Wertschätzung von Werkstätten für behinderte Menschen in der Gesellschaft steigt konstant – gerade weil Werkstätten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Kooperationspartner für Industrie und Wirtschaft sind. Bereits im vergangenen Jahr nutzten mehr als 18.500 Besucher die Möglichkeit, sich bei 249 Ausstellern über die Produkt- und Leistungs-vielfalt von Werkstätten für behinderte Menschen zu informieren – und fast alle wollen wiederkommen.

Branchentreff

Damit ist dieses Schmuckstück im Bereich der Messeveranstaltungen, dessen Portfolio in Deutschland einzigartig ist, inzwischen zum größten Branchentreff für die berufliche Rehabilitation geworden. Gleichzeitig gilt die Werkstätten:Messe immer noch als Geheimtipp, weil die Besucher die vielfältigen Einkaufs- und Erlebnisgelegenheiten mehr als schätzten. Diese Vielfalt der Möglichkeiten ist ein Spiegelbild der Werkstatt für behinderte Menschen.

„Wer schöne Geschenke oder Anregungen für solche sucht, wird die Werkstätten:Messe schätzen“, betont Günther Mosen, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen. „Hier können Sie die Vielfalt erleben, die von 285.000 Menschen mit Behinderung täglich inspiriert geschaffen wird.“ Aber auch die Chance der Begegnung mit behinderten Menschen werde gerne genutzt. „In den Messehallen ist es deutlich zu spüren: Offenheit, Akzeptanz und Respekt mischen sich zu einem unvergleichlichen Flair.“

Bereits zum siebten Mal werden 2012 die „exzellent“-Preise für die Kategorien Produkt, Kooperation und Bildung vergeben. Drei Jurys haben bereits vor der Messe die Bewerbungen gesichtet, aus denen der jeweilige Gewinner ermittelt wird. Die Preisträger werden bei der Eröffnungsveranstaltung am 8. März bekannt gegeben.

Laut Richard Bartsch, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken, garantiert und finanziert der Bezirk als überörtlicher Sozialhilfeträger Arbeitsplätze für rund 5000 Menschen in der Region in den rund 33 anerkannten Werkstätten. Dafür würden im Jahr 2012 rund 69 Mio. Euro aufgewendet.

„Als Besucherin oder Besucher der Werkstättenmessen können Sie sich persönlich ein Bild von der Leistungsfähigkeit der Werkstätten in unserer Republik machen“, so Bartsch. Ger-

de die Inklusionsdebatte stelle traditionelle Einrichtungen auf den Prüfstand. „Sie werden bei vielen Gesprächen merken, dass die Werkstätten keine geschlossenen Einrichtungen sind, sondern in vielfältiger Art und Weise sich mit der Privatwirtschaft zu Kooperationen zusammengeschlossen haben. So können Menschen mit Behinderung oftmals allein oder in Gruppen bereits in großen Firmen arbeiten und sind nicht mehr nur auf die beschützten Werkstätten angewiesen.“

Benötigt werde hierzulande ein differenziertes Angebot von Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung. Bei all den Kooperationen dürfe aber nicht vergessen werden, eine klare Zuständigkeits-Trennung bei den Finanzierungen vorzunehmen. Zwischen der Arbeitsverwaltung und den Sozialhilfeträgern dürfe es keine Verschiebung zu Ungunsten der Kommunalfinanzen geben. Der Bundesgesetzgeber sei

weiterhin aufgefordert über ein Bundesleistungsgesetz die Finanzierung dieser Maßnahmen gerechter zu verteilen. „Hier setzen wir auf die nächste Legislaturperiode und hoffen, dass dann in Berlin endlich auch entsprechende gesetzliche Vorgaben geschaffen werden.“

Werte schaffen

Der Schirmherr der Werkstätten:Messe 2012 ist erneut Ministerpräsident Horst Seehofer. In seinem Grußwort heißt es u. a.: „Menschen mit Behinderung schaffen Werte. Sie bringen Leistung, wenn der Arbeitgeber nur bereit ist, sich auf besondere Voraussetzungen einzustellen. Das gilt nicht nur für handwerkliche Produktion, sondern ebenso für Dienstleistungen, nicht zuletzt im Bereich des öffentlichen Dienstes. Auch in der Bayerischen Staatskanzlei arbeiten mehrere Menschen mit Behinderung, Seite an Seite mit ihren Kolleginnen und Kollegen. In Bayern gilt der Grundsatz: Mit-tendrin statt nur dabei. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt wird immer selbstverständlicher – und dazu tragen Veranstaltungen wie die Werkstätten:Messe wesentlich bei. Dafür danke ich ihren Veranstaltern.“ DK

Wie viel Kirche braucht die Stadt?

Moderne Subsidiarität und die diakonische Dimension der Kirchen im Gemeinwesen – Tagung in Berlin mit Regensburgs OB Hans Schaidinger

Was wäre eine zeitgemäße Form der Subsidiarität, in der Kirche und Kommune gemeinsam zum Wohle von Stadt und Land beitragen? Diese zentrale Frage wurde im Rahmen einer von Evangelischer und Katholischer Akademie Berlin veranstalteten Tagung auf Schwanebrunnen mit bundes- und kommunalpolitischen Akteuren sowie mit Vertretern aus Kirche, Diakonie und Caritas diskutiert. Zu den Referenten zählte u. a. Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der deutlich machte, dass die Stadtpolitik ohne sinnstiftende wertorientierte, allgemein anerkannte Grundlagen nicht auskommen kann.

Stadtgesellschaften sind nach Schaidingers Darstellung vielfältiger und pluraler geworden. „Wir stehen auch unter dem Diktat des Medienzeitalters, das uns zu einem immer atemloseren Lebens-tempo antreibt.“ Mit nur noch stur und gehetzt funktionierenden Sozialkrüppeln sei freilich kein Staat, keine Stadtgesellschaft zu machen. „Eine demokratische, eine humane schon gar nicht“, betonte das Stadtoberhaupt.

Ort der Hoffnung

„Bei allem Neuen, das auf uns einströmt, bei aller Überforderung durch materielle Ansprüche bin ich der Überzeugung, dass die Basis sittlicher Werte immer noch trägt, auch wenn wir diesen Sockel unseres Zusammenlebens nicht ständig mit Girlanden schmücken und feierliche Reden darüber halten“, meinte der OB und fuhr fort: „Auch wenn ich hier nicht als Christ stünde und wenn ich persönlich auch nichts mit Kirchen, mit dem Glauben überhaupt zu tun hätte, ich würde mich als Oberbürgermeister genau so leidenschaftlich dafür einsetzen, dass die Kirchen möglichst zahlreich, möglichst intensiv in meiner Stadt tätig sind.“

Kirche, wie sie sich heute in der Stadt präsentiert, und die selbstverständlich auch die jüdische Gemeinde und muslimische Gemeinschaften einschließe, sei

Gemeindeleben, Diakonie, Caritas, Bildung und Erziehung, Heimat, Fürsorge, Trost, auch Ort der Hoffnung der Lebensbewältigung und letztlich der Lebensbejahung schlechthin. Ihr Kultus, ihre sozialen Zusammenschlüsse trügen nicht unwesentlich zum gesellschaftlichen Frieden bei. Muslime wie auch andere Religionsgemeinschaften benötigten in den Städten würdige Gotteshäuser.



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hat uns ein großes Ziel gesteckt: Bis zum Jahr 2030 soll Bayern schuldenfrei sein.

Bayern will das erste schuldenfreie Bundesland in Deutschland werden. Schuldenabbau ist die beste Form der Zukunftsvorsorge.

Finanzminister Dr. Markus Söder wird für den Doppelhaushalt 2013/2014 ein Konzept zur Schuldentilgung vorlegen. Der aktiven Generation in unserer Gesellschaft werden damit Freiräume für die Gestaltung der Zukunft ermöglicht, indem sie von einer jährlichen Zinsbelastung von rund einer Milliarde Euro befreit

Bayern wird schuldenfrei bis 2030

wird. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Generationengerechtigkeit.

- Wir geben nur so viel aus, wie wir einnehmen.
- Wir stärken unsere Rücklagen.
- Wir investieren in unsere Zukunft.
- Wir übernehmen Verantwortung nicht nur für heute, sondern auch für morgen.

Bayern hat im Jahr 2011 mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs gezahlt – 3,7 von insgesamt 7,3 Milliarden Euro. Nordrhein-Westfalen erhielt aus dem Länderfinanzausgleich 224 Millionen, größter Nutznießer war Berlin mit über 3 Milliarden Euro.

Wenn diese Gelder in die Schuldentilgung fließen würden, wäre Bayern in kürzester Zeit schuldenfrei. Da ist es doch nur legitim, dass der Freistaat fordert, den Länderfinanzausgleich zu reformieren. Wir wollen eine neue Ära in der

Finanz- und in der Stabilitätspolitik aufschlagen. Wir wollen nicht bei der Schuldenbremse stehen bleiben, sondern mit der Tilgung der bayerischen Staatsschulden einen weiteren Sprung nach vorne machen und die führende Position in Deutschland ausbauen.

Die bayerischen Kommunen können davon nur profitieren. Sie erhalten in diesem Jahr vom Freistaat im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs 7,3 Milliarden Euro, das ist Unterstützung für die Kommunen auf Rekordhöhe. Damit werden starke Akzente im Bereich Bildung und im ländlichen Raum gesetzt und kleinere Gemeinden besonders unterstützt. Das ist ein Signal an die bayerischen Kommunen: Investitionen können bewilligt werden, die Energiewende umgesetzt und die Herausforderungen des demographischen Wandels in Angriff genommen werden.

Sobald Zinsbelastungen und Schuldentilgung wegfallen, wird sich der Kommunale Finanzausgleich in Bayern weiter wachsen. Das sind doch beinahe schon glänzende Aussichten und eine kraftvolle bayerische Antwort auf die Schuldenkrise in Europa.

Ich bin zuversichtlich, dass der Ministerpräsident und unser Finanzminister bemüht sein werden, diesen Weg zusammen mit den Kommunen zu gehen. Dies wird die KPV auch einfordern. Ein Sparen zu Lasten der Kommunen wird nicht funktionieren, aber ein Tilgen für starke Kommunen in einem schuldenfreien Bayern ist meines Erachtens der richtige Weg, wenn er gemeinsam gegangen wird.

Die bayerischen Kommunen werden dann diesen eingeschlagenen Kurs sicher konstruktiv mitbegleiten.

Machen Sie mit!

Ihr Stefan Rößle

Schaidinger: „Es muss unser Ziel in jeder Stadt sein, selbstbewusste und angemessene sicht- und wahrnehmbare Kirchen und religiöse Gemeinschaften zu haben, die aus ihrem Glaubensverständnis heraus einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in unseren Städten leisten können.“

Wie der Oberbürgermeister feststellte, sei es „schon bedenklich, dass sich unsere Wertediskussion vor allem in den Medien dahin entwickelt hat, dass die Tatsache, dass uns christlich-abendländische Wertvorstellungen in unseren Denken und Handeln leiten, im Grundsatz negativ besetzt ist – siehe die Debatte über „Leitkultur“. Die Wirklichkeit aber sehe ganz anders aus. Eine deutliche Mehrheit lasse sich in Regensburg von einer christlich geprägten Kultur leiten; allerdings akzeptiere sie keinen kirchlichen kulturellen Führungsanspruch. „Dies gilt auch, obwohl immer mehr Muslime bei uns leben. In Regensburg sind es etwa fünf Prozent der Bevölkerung, bei einem Aus-

länderanteil von insgesamt zehn Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil der Protestanten liegt bei 15 Prozent, der der Katholiken in Regensburg beträgt 60 Prozent“, machte der OB deutlich.

Integration

Schaidinger zufolge leben Muslime bereits in dritter Generation in Regensburg. Die muslimischen Kulturvereine könnten eine wichtige Rolle bei der Integration dieser Mitbürger spielen. Sie verdienen deshalb Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Eine Beispielfunktion für die muslimischen Moscheevereine nehme in Regensburg die jüdische Gemeinde ein. Deren Mitgliederzahl habe sich in den letzten Jahren vervielfacht. Sie hat laut Schaidinger ein umfangreiches Sozialprogramm aufgelegt, um den Zuwanderern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu helfen, in Regensburg heimisch zu werden. Außerdem verfolge der Vorstand der jüdischen Gemeinde seit Jahrzehnten konsequent eine Politik der offenen Tür

für alle Regensburger Bürger.

So sei der Gemeindevorstand zu einem selbstverständlichen Ort für kulturelle Veranstaltungen geworden. Konzerte, Lesungen, Aufführungen, Vorträge und Diskussionen zu historischen und aktuellen Themen fänden statt. „Das ist der Weg, den die Muslime auch gehen müssen. Sie müssen ihre christlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger einladen, müssen sie ein Stück teilhaben lassen an ihrem Gemeindeleben“, forderte der Rathauschef und ergänzte: „Die Struktur unserer Stadtgesellschaften erlaubt keine monokausalen Erklärungsmuster für ein gelingendes Leben als Individuum und als Gesellschaft mehr. Es muss immer mehr das Gebot der Toleranz gegenüber den Andersdenkenden zum Tragen kommen. An ihrer Toleranzfähigkeit ist die Religionspraxis vor Ort zu messen. Niemand erhebe sich über den anderen. Niemanden darf etwas aufgezwungen werden.“

Die Achtung des jeweils anderen gehöre zum Grundbestand aller großen Religionen. Diese (Fortsetzung auf Seite 4)



8. – 11.3.2012
Messezentrum Nürnberg

Werkstätten:Messe 2012

Werkstätten für behinderte Menschen zeigen Leistung – Vielfalt – Qualität

Ihr Besuch lohnt sich!

Denn die Werkstätten:Messe steht für Inklusion, Bildung und eine große Auswahl an Produkten sowie Dienstleistungen. Von hochwertigen Spielwaren und Bürobedarf bis hin zu Services in Bereichen wie Tourismus oder Verwaltung: Setzen Sie auf zertifizierte Qualität – termingerecht, flexibel und maßgeschneidert.

Neugierig? Infos gibt es hier:
werkstaettenmesse.de

Ideeller Träger
BAG
WfbM

Veranstalter
NÜRNBERG MESSE

Ihre Vorteile bei uns!

- Sie zahlen nur 7 % Umsatzsteuer
- Ihre Aufträge entlasten Sie bei der Ausgleichsabgabe

BesucherService
Tel +49 (0) 9 11 86 06 49 22
besucherservice@nuernbergmesse.de

Wie viel Kirche...

(Fortsetzung von Seite 3)
Eigenschaft müsse immer mehr in den Mittelpunkt rücken, „damit Zusammenleben mehr ist als das Ignorieren des jeweils anderen“.

Subsidiarität als weises Gestaltungselement

Subsidiarität bezeichnete Schaidinger als ein weises Gestaltungselement in der Bewältigung gesellschaftlicher und auch öffentlicher Aufgaben. „Würde es nicht in gegenseitigem, aber gemeinsamem Verständnis mit Leben erfüllt, müssten Städte den Bankrott ihrer sozialen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge fürchten“. Zögen sich die Kirchen aus diesem fundamentalen Sozialpakt zurück, wären die öffentlichen Verwaltungen außer Stande, auch nur annähernd Ersatz zu leisten. Die Lebensqualität der Städte würde rapide absinken.

„Die Kirchengemeinden wis-

sen, dass sie nicht auf einer Insel der Seligen leben. Sie müssen sich um das Ganze kümmern, damit es auch ihnen gut geht. Die Pfarreien sind im lokalen Gemeinwesen verankert. Sie sind sich bewusst, dass sie Teil der Bürgergemeinde sind“, fuhr das Stadtoberhaupt fort. Kirchengemeinden handelten nicht in erster Linie für, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei machten sie ihre christliche Wertorientierung durchaus selbstbewusst sichtbar, ohne sich über die anderen zu erheben. Pfarrgemeinden kämpften gegen Ausgrenzung der Bevölkerungsgruppen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens existieren. Sie übernahmen eine Vorbildfunktion, wenn sie Alte, Arme oder Migranten am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Sie appellierten an die moralische Pflicht der Wohlhabenden, mit den weniger Begünstigten zu teilen.

Solidarität sei ein Grundelement aller Religionen. „Machen wir uns das mehr zunutze als das bisher der Fall ist“, forderte Schaidinger. Altruismus sei auch eine Voraussetzung der Menschen. Überleben sei nicht nur von Egoismus, sondern auch von Solidarität abhängig. Damit Solidarität nicht aus der Welt kommt, benötige man die tätige Mithilfe vieler. „Die der Kirchengemeinden ist uns sicher. Zivilgesellschaft ohne den Beitrag der Kirchengemeinden wäre sicher sehr viel weniger sichtbar und spürbar. Nicht zuletzt sind sie Schulen demokratischer Praxis.“

Aus Vision wird erlebbare Wirklichkeit

Schaidinger abschließend: „Der Umstand, dass Kirche bei uns stattfindet, verleiht den Stadtgesellschaften in einem sicherlich spürbaren Ausmaß die Kraft, dass aus einer Vision erlebbare Wirklichkeit wird: Die Stadt als Heimat für alle.“ **DK**

Inklusion - nicht zum...

(Fortsetzung von Seite 1)
sind die Förderschulen als alternative Lernorte und Kompetenzzentren aber nach wie vor unverzichtbar. „Inklusion darf nicht zur Absenkung des Förderniveaus führen“, so der CSU-Politiker. Bewährtes dürfe nicht abgeschafft werden.

Wichtige Partner

Im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzentwurfs seien selbstverständlich auch Gespräche mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geführt worden, fuhr der Landtagsabgeordnete fort. Ohnehin seien die Kommunen wichtige Partner in diesem langfristigen Prozess, denn: „Inklusion kann man nicht verordnen.“

So seien auch im Interesse der Kommunen folgende Gestaltungsmöglichkeiten in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Erstens: Eine Schule, die das Profil Inklusion will, erhält dieses nur unter der Bedingung, dass der Sachaufwandsträger tatsächlich zustimmt. Zweitens: Kommunen können sich weigern, wenn Eltern von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, dies aber mit erheblichen Mehraufwendungen für die Kommunen verbunden ist.

200 Lehrerstellen

Da es „Inklusion nicht zum Nulltarif“ gibt, wurden Eisenreich zufolge bereits im Doppelhaushalt 2011/2012 insgesamt zusätzlich 200 Lehrerstellen geschaffen. Im Nachtragshaushalt 2012 sind zudem 250 Stellen zusätzlich für die Förderschulen vorgesehen. Außerdem soll das Thema Lehrer(fort)bildung an der Regelschule ins Visier genommen werden. Konkret gehe es dabei um eine Stärkung der Diagnose- und Förderkompetenz der Lehrer in Bezug auf Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Auch sei das Thema Schulbegleitung von großer Bedeutung.

Eisenreich abschließend: „Wir wollen das Gespräch mit den Kommunen fortsetzen und intensivieren.“ In naher Zukunft werde erneut ein Gespräch der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände stattfinden. Tatsache sei, „dass uns das Thema Inklusion noch viele Jahre begleiten wird“. Letztlich müsse damit auch eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft einhergehen.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage aufgeworfen, wie die Reaktion der Eltern sein wird. Aufgrund der Wahlfreiheit wurde vermu-

tet, dass Eltern ihre behinderten Kinder nunmehr immer auf einer Regelschule unterrichten lassen wollen. Somit stehe zu befürchten, dass die Lehrer weder den gesunden noch den behinderten Kindern gerecht werden können. Es wurde vorgeschlagen, dem österreichischen Beispiel zu folgen. Dort habe man sich die Frage gestellt, ob die Förderzentren als Beschulungsform noch erforderlich seien.

Mit der jetzigen Regelung sei in den Regelschulen die notwendige Förderung jedenfalls nicht möglich, hieß es von Seiten der KPV-Delegierten. Nunmehr habe man Anspruch auf diejenige Regelschule, die auch die Sprengelschule darstellt. Eine zielgerichtete Förderung sei dann möglich, wenn jede Regelschule in einem gewissen Radius für eine spezielle Behinderung ausgestattet wird.

Einen kurzen Überblick über den vor kurzem gegründeten CSU-Arbeitskreis Energiewende gab schließlich deren stellvertretender Landesvorsitzender Arno Zengerle, Bürgermeister von Wildpoldsried.

Gefährlicher Sanierungsstau...

(Fortsetzung von Seite 2)
setzt werden. Grundsätzlich forderte der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, „einen prinzipiellen Verzicht auf Versuche, Aufgaben des Bundes und der Länder im Bereich des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes auf die kommunale Ebene abzuwälzen“.

Gleichwertigkeitsklausel

Der Deutsche Städtetag begrüßt ebenso wie die weiteren kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) die im Vermittlungsausschuss beschlossene Präzisierung der so genannten Gleichwertigkeitsklausel im Kreislaufwirtschaftsgesetz. Damit sei die Möglichkeit verbessert worden, dass eine Rosinenpickerei privater Entsorgungsunternehmen erschwert bzw. sogar verhindert werden kann. Die Kommunen könnten somit weiterhin anfallende Wertstoffe verwerten und dem Stoffkreislauf wieder zuführen. So könnten die Gebühren für die Abfallentsorgung durch die erzielten Wertstofflöse stabilisiert werden.

Durch die Einigung im Vermittlungsausschuss und den nun zu erwartenden Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werde Planungssicherheit für die Kommunen und die Entsorgungswirtschaft geschaffen. Dies sei die Basis, um die Abfallwirtschaft

Zengerle zufolge wurde bei der konstituierenden Landesvorstandssitzung des AKE folgender Beschluss gefasst: „Der AKE fordert die Abschaffung der Ausgleichsmaßnahmen für die Erreichung von Anlagen der regenerativen Energieerzeugung.“ Begründung: „Durch die regenerative Energieerzeugung entsteht bereits ein ökologischer Ausgleich für Mensch, Ökosystem und Klimaschutz. Dieser ökologische Mehrwert übersteigt den Eingriff in die Natur massiv, so dass ein weiterer Ausgleich nicht erforderlich ist. Ausgleichsmaßnahmen gefährden oft die Umsetzung von Anlagen für regenerative Energieerzeugung und verlangsamen die Umsetzung der Energiewende.“

Kontroverse

Der Beschluss wurde sehr kontrovers diskutiert. KPV-Vorsitzender Stefan Rößle bat darum, eng in die Prozesse des AKE, dessen Leitung der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis übernommen hat, eingebunden zu werden. **DK**

im Sinne von Bürgern und Umwelt weiterentwickeln zu können.

Rosinenpickerei

Der Bundesrat hatte den Vermittlungsausschuss allein mit dem Ziel angerufen, die sogenannte Gleichwertigkeitsklausel bei der gewerblichen Sammlung zu streichen. Die Frage nach den Regelungen zur gewerblichen Sammlung war im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens immer wieder Gegenstand vieler Diskussionen. Die Kommunen haben sich dafür eingesetzt, dass alle Abfälle aus Haushalten – außer Verpackungen – weiterhin überlassungspflichtig an die Kommunen bleiben, um dem Rosinenpicken privater Entsorger nicht Vor Schub zu leisten.

Weiterentwicklung

Wie Ude deutlich machte, sei es im Sinne der ökologischen Ziele geboten, sich nun auf die Weiterentwicklung der Wertstoff-erfassung zu konzentrieren: „Die Ausgestaltung einer bürgerfreundlichen und nachhaltigen Wertstoff-erfassung erfordert die Einbeziehung der Erfahrungen und der bestehenden Erfassungsstrukturen der Kommunen. Eine Vorfestlegung auf eine Wertstofftonne ist im abgeschlossenen Vermittlungsverfahren nicht erfolgt. Die Kommunen werden

Feierliche Stabübergabe...

(Fortsetzung von Seite 1)
senschaftlicher Mitarbeiter im Bayerischen Landtag und seit 1990 die Landeshauptstadt München. Dort arbeitete Knäusel acht Jahre als Sozialamtsleiter. Von 2001 bis 2005 war er Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten in München und leitete als Stadtdirektor die Hauptabteilung Straßenverkehr.

Fränkisches Fazit

„Reiner Knäusel war nie ein Groß- oder Lautsprecher, aber dennoch wurde auf ihn gehört“, stellte Maly fest. Sein „fränkisches Fazit“: „Die sieben Jahre mit Dir waren sieben gute Jahre.“ Der Vorsitzende bedankte sich „für den kurzen Draht, die offenen Worte und die letztlich sehr angenehme Zusammenarbeit“.

Der scheidende Geschäftsführer sprach seinerseits von einer „kollegialen, partnerschaftlichen und schönen Zusammenarbeit“ und dankte für das „menschlich respektierende Miteinander“. Ihm habe die Arbeit sehr viel Freude gemacht und er fühle sich dem Städtetag auch weiterhin verbunden. Seinem Nachfolger übergeben er ein wohl bestelltes Haus.

Reibungslos sei die Amtsübernahme zu Beginn des neuen Jahres über die Bühne gegangen, stellte Bernd Buckenhofer, ein „Urgestein des Bayerischen Städtetags“, fest. 1991 als Referent zum Verband gewechselt, leitete der neue Geschäftsführer nach Stationen als Umwelt- und Ordnungsreferent sowie als Sozialreferent seit 2004 das Finanzreferat des Bayerischen Städtetags. Seit 2007 war er außerdem stellvertretender Geschäftsführer.

Als „tragende Themen, die uns während des Amtswechsels beschäftigt haben“, nannte Buckenhofer die Energiewende, die Jugendsozialarbeit an Schulen und das Landesplanungsgesetz. An diesem dritten Beispiel skizzierte er sein Verständnis vom Bayerischen Städtetag als dem Verband der zentralen Orte in Bayern. „Die Fruchtbarmachung städtischen Lebens und der Zusammenhalt in der örtlichen Gemeinschaft mit den ländlichen Gemeinden stabilisiert unser Land und bringt ganz

sich daher auch in die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes konstruktiv einbringen.“

Vor Beginn der Tarifrunde 2012 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen appellierte der Deutsche Städtetag schließlich an die Gewerkschaften, die weiterhin angespannte finanzielle Situation der Kommunen zu berücksichtigen. Wie der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, Stuttgart, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster bemerkte, „kämpfen viele Städte seit Jahren mit hohen Defiziten in ihren Haushalten und müssen laufende Aufgaben in großem Umfang auf Pump finanzieren. Die Finanzlage vieler Städte lässt unrealistische Tariferhöhungen absolut nicht zu.“

Aufschwung

Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass sich die Finanzsituation der Kommunen im Jahr 2011 insgesamt verbessert habe. Schuster bezeichnete es als verständlich, dass die Beschäftigten den wirtschaftlichen Aufschwung auch bei der Lohnentwicklung spüren wollen, allerdings könne dies nur mit der nötigen Behutsamkeit geschehen. Schuster: „Eine sachgerechte, an der Realität orientierte Einigung muss im kommunalen Bereich das Ziel für die Tarifrunde 2012 sein.“ **DK**

Bayern voran. Diese Gliederung nach zentralen Orten ist eine Stärke, die für die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen unverzichtbar ist und wir sollten diese Stärke bei der Behandlung der aktuellen Themen im Auge haben“, hob der neue Geschäftsführer hervor. Dabei komme es - Stichwort Raumordnung und Landesplanung - nicht so sehr auf die gerade diskutierte Zahl der Kategorien an; wichtig sei vielmehr, „dass der Staat bei seiner Struktur- und Regionalpolitik sowie seiner Förderpolitik die zentralörtlichen Leistungen, die die Städte für ihr Umland erbringen, anerkennt“.

Zentrale Orte

Fragen der Finanzverteilung und der Umgang mit der demografischen Entwicklung könnten nur vorangebracht werden, „wenn die zentralen Orte stark bleiben und wo nötig gestärkt werden“, machte Buckenhofer deutlich. Gerade der ländliche Raum könne auf seine zentralen Orte bauen. „Die Mehrzahl unserer 270 Mitgliedsstädte liegt im ländlichen Raum. In struktur-

schwachen Räumen müssen die kleineren zentralen Orte als Rückgrat des Landes gestärkt werden. Das geht nur gemeinsam mit der kommunalen Familie und deshalb ist mir eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Geschwisterverbänden ein besonderes Anliegen“, hob Buckenhofer hervor.

Illustre Diskussionsrunde

Mit aktuellen Themen der vergangenen sieben Jahre - von Inklusion bis Krippengipfel, von Konnexität bis Finanzausgleichsgesetz - hatte sich zuvor eine illustre Diskussionsrunde befasst, an der neben Kommunalminister Joachim Herrmann Oberbürgermeister Hans Schaidinger, I. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Christian Ude, Mitglied des Vorstands des Bayerischen Städtetags und Präsident des Deutschen Städtetags sowie Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, teilnahmen. Moderiert wurde der Talk von Ursula Heller vom Bayerischen Fernsehen. **DK**

Warnung vor...

(Fortsetzung von Seite 1)
folgt zusammen: 2,95 Mrd. Euro Ruhegehälter, 560 Mio. Euro Hinterbliebenenversorgung und 595 Mio. Euro Beihilfen.

Die Versorgungsausgaben für die Beamten werden der Studie zufolge von 4,75 Milliarden in diesem Jahr auf mindestens 10,75 Milliarden Euro im Jahr 2030 anwachsen. Dann müssten in einem Jahr nicht mehr - wie heute - rund 10 Prozent des Staatshaushalts für die pensionierten Beamten ausgegeben werden, sondern rund 20 Prozent des Etats. Bis zum Jahr 2050 werden die Aufwendungen gar auf über 14 Milliarden Euro ansteigen. Nicht berücksichtigt sind bei dieser Berechnung Aufwendungen für zukünftig einzustellende Staatsdiener.

Raffelhüschchen rechnete vor, dass sich die „schwebenden Versorgungsverpflichtungen“, die sich in den vergangenen Jahrzehnten angehäuft haben, derzeit auf knapp 210 Milliarden Euro oder 50 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts belaufen. Davon entfallen knapp 140 Milliarden Euro auf die Beamtenpensionen. Hinzu kommen mehr als 40 Milliarden Euro für die Beihilfe - das sind im Wesentlichen Zuschüsse für die Krankenversicherung - und mehr als 25 Milliarden Euro für die Hinterbliebenenversorgung. „Dies alles sind versteckte Staatsschulden“, erklärte der Finanzwissenschaftler. Das Grundproblem sei die unterbliebene Rücklagenbildung für die Beamten, die in den 1960er bis 1980er Jahren eingestellt wurden.

Rückstellungen

Eigentlich müssten rund 35 Prozent des Gehalts, das alle Beamten zusammen heute bekommen, für deren Altersvorsorge zusätzlich an Rückstellungen gebildet werden, argumentierte Raffelhüschchen. Bei 9,4 Milliarden Euro, die laut bayerischem Finanzministerium in diesem Jahr für aktive Beamte und Richter im Haushalt veranschlagt sind, wären das 3,3 Milliarden Euro. Seit 1999 hat Bayern für seine Beamten aber gerade einmal 1,2 Milliarden Euro angespart - ein „Tropfen auf den heißen Stein“, wie Raffelhüschchen und Tobias Benz anmerkten.

Ministerpräsident Horst Seehofer hat vor kurzem angekündigt, bis 2030 alle Schulden ab-

bezahlen zu wollen. Im Haushalt sind aktuell etwa 32 Milliarden Euro an Verbindlichkeiten ausgewiesen. Noch in diesem Jahr will Finanzminister Markus Söder eine Milliarde davon tilgen. Raffelhüschchen hält diesen Weg für falsch. Aus seiner Sicht sollte Geld, das übrig ist, eher in die Rücklagen für die Pensionlasten fließen.

Verbeamtung auf dem Prüfstand

Auch der Steuerzahlerbund fordert die Staatsregierung auf, weiter in die Rücklagen einzuzahlen und die für die Jahre 2011 und 2012 ausgesetzten Überweisungen nachzuholen. Präsident Rolf von Hohenhausen zufolge soll die Praxis für Verbeamtungen aus Kostengründen auf den Prüfstand gestellt werden. „Ich bin nicht der Auffassung, dass Lehrer Beamte sein müssen“, sagte er.

„Das ist ein Thema, das dringend angegangen werden muss - aber nicht auf der Grundlage von Horrorszenerarien“, so die Reaktion des Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann zur vorgestellten Studie. Die Zukunft der Absicherung im Alter sei kein reines Problem der Beamtenversorgung. Der BBB mache seit Jahren auf das Thema aufmerksam. „Im Bereich der Pensionen wurde bereits durch frühere Maßnahmen ein solider Grundstein gelegt; nun kommt es auf einen ehrlichen Ausbau der Vorsorge an“, machte Habermann deutlich. Insofern sei man auch gespannt auf die noch ausstehenden Vorschläge der Staatsregierung zur weiteren Handhabung der in Bayern bereits aufgebauten „Versorgungstöpfe“.

Versorgungsfonds

Im Rahmen des bis 2030 anvisierten Schuldenabbaus habe Ministerpräsident Horst Seehofer auch den Versorgungsfonds ins Spiel gebracht, nachdem dieser bereits 2010 nur eingeschränkt und in den Jahren 2011/2012 gar nicht bedient wurde. „Das war ein Sündenfall, der so nicht fortgesetzt werden darf“, stellte der Vorsitzende klar. „Für Verbesserungsvorschläge sind wir offen. Wir werden uns aber jedem Vorhaben in den Weg stellen, das die künftige Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Alterssicherungssysteme beeinträchtigen könnte.“ **DK**

Fachtagung „eGovernment 2015“ in München:

Standortfaktor Digitale Bildung

Im Rahmen der Fachtagung „eGovernment 2015“ in München bezeichnete der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, die digitale Bildung als einen „zentralen Standortfaktor in Bayern“. Die verstärkte Nutzung von eGovernment-Diensten erfordere ein entsprechendes Maß an Medienkompetenz. Mit der Einführung des Medienführerscheins und des Digitalen Bildungsnetzes habe der Freistaat Grundlagen gelegt für nutzerorientierte digitale Bürgerdienste.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eGovernment sei eine intensive und strategisch ausgerichtete Kooperation mit Partnern aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft, betonte Pschierer: „Wir können eGovernment weiter vorantreiben, indem wir intelligente und smarte Bürgerdienste verstärkt in die Fläche bringen und damit die Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung optimieren.“ Die Position des bayerischen Wirtschafts- und Technologiestandorts im globalen Wettbewerb werde so gestärkt und weiter ausgebaut. Die bayerischen Initiativen im Bereich Open Data und Open Government seien zielgenau auf die derzeit bestehenden Nutzerbedürfnisse adressiert.

Dienste auf modernen Endgeräten

Damit die Online-Dienste der Verwaltung für den Bürger noch attraktiver werden, sei es unerlässlich, diese Dienste auch auf modernen Endgeräten anzubieten, also derzeit insbesondere auch auf Smartphones und Tablet-PCs, meinte Pschierer und fuhr fort: „Den schlagenden Beweis haben wir kürzlich erst mit unserer sogenannten König-Ludwig-App angetreten, mit der wir eine einzigartige, multimediale animierte Aufbereitung bayerischer Historie und Kunstschätze präsentieren können.“

Ebenso wichtig wie die Steigerung der Attraktivität der Angebote sei es aber auch, „die immer noch relativ zahlreichen Nutzungshemmnisse von Online-Diensten gezielt und konsequent abzubauen“, machte Pschierer deutlich. Mit dem auf dem Nationalen IT-Gipfel vorgestellten „Open-Data-Portal Bayern“ habe der Freistaat einen einheitlichen Zugang zu öffentlich verfügbaren Daten der Verwaltung bereitgestellt.

Projekt-Portfolio

Zu dem Projekt-Portfolio gehöre aktuell auch ein amtliches IT-gestütztes Teilnahmeverfahren. Mit dem Verfahren für „Grenzübergreifende Großraum- und Schwerlasttransporte“ könne eine starke Beschleunigung von Verfahrensabläufen und damit eine erhebliche Reduzierung der Kosten für betroffene Unternehmen erzielt werden. Mit einer flächendeckenden Versorgung mit schnellen Internetzugängen auch in ländlichen Gebieten sei es möglich, die eGovernment-Nutzung voranzutreiben. Die hohen Kosten beim Glasfaserbau könnten dabei mit dem neuen „Grabungsatlas“ erheblich reduziert werden.

Wie der IT-Beauftragte erläuterte, werden die geplanten kommunalen Baumaßnahmen beim Straßen-, Wege- oder Kanalbau nach geografischer Lage erfasst und in Form einer digitalen Karte im Internet öffentlich bereitgestellt. So können die Netzbetreiber die von den Kommunen vorzunehmenden Grabungen mit ihrer eigenen Netzausbauplanung abstimmen und dadurch erhebliche Kosten für Erd- und Verlegeteile einsparen.

Pschierer zufolge ist es wichtig für das Vertrauen in eGovern-

ment, eine sichere Kommunikation im Internet sowie den Schutz persönlicher bzw. sensibler Daten zu gewährleisten: „Mit dem neuen Personalausweis haben wir die Chance, eine gesicherte elektronische Authentifizierung im Internet zu ermöglichen und dadurch eine wesentliche Schwachstelle von Online-Transaktionen zu beseitigen - die Unsicherheit und den Diebstahl von Identitäten.“ Diesen Ansatz werde man im Rahmen eines allgemeineren Authentifizierungskonzepts noch erweitern, um eine sichere Authentifizierung bei der Nutzung der eGovernment-Anwendungen nicht nur mit dem Personalausweis, sondern auch mit anderen elektronischen Identitäten bzw. Zertifikaten (z. B. ELSTER) anbieten zu können.

Die Fachtagung in München stand insbesondere im Zeichen der Studie „eGovernment-Monitor 2011“, die mit Zielrichtung auf eine intensivere Nutzung von eGovernment bzw. den Abbau von Nutzungshemmnissen erstellt worden war. Auftraggeber dieser Studie waren die Initiative 21, das Institut ipima für öffentliches Informationsmanagement, die Alcatel-Stiftung für Kommunikationsforschung sowie der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Steigerungspotenzial

Wie die Studie aufzeigt, greifen nur 40 Prozent der deutschen Internetnutzer auf die E-Government-Angebote der Behörden zurück. Verglichen mit Schweden (69 Prozent), Österreich (68 Prozent) und Großbritannien (48 Prozent) hat Deutschland damit international noch ein deutliches Steigerungspotenzial. Dies scheint hauptsächlich ein Kommunikationsproblem hinsichtlich der vorhandenen Angebote zu sein: Denn wer bereits die Online-Angebote der Behörden nutzt, ist zufrieden (80 Prozent in Deutschland) und sieht weniger Hemmnisse. Befragt wurden von TNS Infratest jeweils 1.000 Internetnutzer in den vier Vergleichsländern.

Online-Beteiligungen der Behörden

Noch seltener als die klassischen E-Government-Angebote nutzen die Bürger in Deutschland die Online-Beteiligungen der Behörden. Während Facebook-Seiten von Städten (33 Prozent) und die Online-Petitionen des Bundestages (30 Prozent) bei den Internetnutzern zumindest eine gewisse Bekanntheit haben, bleiben Mitmachplattformen (17 Prozent) beinahe unbeachtet. Die tatsächliche Nutzung fällt noch geringer aus: Selbst die Befragten, die die Plattformen bereits kennen, haben diese bisher nur knapp zu einem Drittel genutzt (34 Prozent).

Der Wunsch nach einer barrierefreien Beteiligung des Bürgers an politischen Abstimmungsprozessen durch Onlineplattformen ist in der aktuellen Form in Deutschland noch nicht erfolgreich. Anders sieht dies beispielsweise in Großbritannien aus, wo bereits 49 Prozent der Internetnutzer Online-Beteili-



Symbolischer erster Knopfdruck: Oberbürgermeister Georg Rosenthal und der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth. □

CeBIT mit neuem Themenfeld Urban Solutions:

High-Tech für die Megastädte der Zukunft

Weltweit entstehen immer neue Megacities, und das in enormer Geschwindigkeit. In 30 Jahren wird in diesen urbanen Ballungsräumen drei Viertel der Weltbevölkerung leben. Die rasant voranschreitende Urbanisierung wirft zahlreiche Fragestellungen auf. Von der Wasserversorgung über Mobilität und Logistik, Umweltschutz und Kommunikation gilt es vielfältige Aufgaben zu lösen.

Die Deutsche Messe AG hat dem Thema übergeordnete strategische Bedeutung zugewiesen und wird es im Rahmen der internationalen Leitmesse CeBIT und Hannover Messe umfassend präsentieren.

„Urbane Lösungen und Technologien gewinnen weltweit zunehmend an Bedeutung und sind damit für die Deutsche Messe AG ein strategisch wichtiges Themenfeld“, sagt Ernst Raue, Mitglied des Vorstands der Deutschen Messe AG, Hannover. In dem neuen Ausstellungsbereich Urban Solutions stellt die CeBIT 2012 vom 6. bis 10. März Informations- und Telekommunikationstechnologien vor, mit denen der zunehmenden Verstärker begegnet werden kann.

Das Spektrum reicht von ITK-Lösungen für die Versorgung, Entsorgung, Umweltschutz, Mobilität und Logistik, Kommunikation, Datenschutz und -sicherheit bis hin zu eGovernment, öffentliche Sicherheit, Bildung und Gesundheit. Das Urban Solutions Forum in Halle 8 rundet die Fragestellungen des neuen Bereiches thematisch ab.

Innerhalb des neuen Themenkomplexes lobt die CeBIT gemeinsam mit dem Hightech-Verband BITKOM den „Urban Solutions Pitch“ aus. Die Gewinner können ihre Projekte kostenlos auf der CeBIT 2012 präsentieren. Der „Urban Solutions Pitch“ soll

gungsiniziativen genutzt haben. Die Hindernisse, die eine Nutzung von E-Government-Diensten verhindern, sind vielfältig, aber in allen verglichenen Ländern sehr ähnlich. Besonders mangelnder Datenschutz sowie Medienbrüche bei vielen Online-Angeboten sind die Hauptbarrieren für die Internetnutzer. Zusätzlich tragen die Undurchschaubarkeit von Angeboten und die komplexen Verfahren dazu bei, dass E-Government-Angebote von den Bürgern nicht genutzt werden.

Mit 52 Prozent beim Mangel an Datensicherheit und 55 Prozent bei der unvollständigen Abwicklung der Online-Angebote sehen besonders die Internetnutzer in Deutschland Nutzungsbarrieren. **DK**

die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien zum Management städtischer Ballungsräume fördern. □

„Die AKDB ist für uns ein gestandener Partner!“

Bürgerservice-Portal jetzt auch in Würzburg

Nach Ingolstadt hat mit der Stadt Würzburg eine weitere große bayerische Kommune das Bürgerservice-Portal der AKDB eingeführt. Damit können über das Internet Behördengänge einfach und bequem von zu Hause aus erledigt werden. Das Pilotprojekt wird in Zusammenarbeit mit der AKDB organisiert und gilt als Modellvorhaben für weitere bayerische Kommunen. Im Vorfeld wurden alle Vorbereitungen in enger Abstimmung mit den Würzburger Verantwortlichen getroffen, allen voran mit dem städtischen IT-Leiter Helmut Maier und dem Leiter des Bürgerbüros, Wolfgang Graef.

Den symbolischen ersten Knopfdruck tätigten Oberbürgermeister Georg Rosenthal und der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth im Würzburger Rathaus. OB Rosenthal sagte bei diesem Anlass über den Kooperationspartner der Stadt Würzburg: „Die AKDB als maßgebender Anbieter von Kommunalsoftware ist für die Stadt Würzburg ein gestandener Partner, der dabei hilft, Behördengänge zu vereinfachen.“

Schon jetzt bietet die Stadt Würzburg zahlreiche Online-Formulare an. Bisher mussten diese aber vom Bürger ausgedruckt, unterschrieben und per Post oder Fax an das Rathaus geschickt werden. Im Bürgerservice-Portal fällt dieser „Medienbruch“ weg, d. h.: Nach dem Ausfüllen können die Daten auch online übertragen werden - die eindeutige Identifizierung durch den neuen Personalausweis macht dies möglich.

Lückenlose Kommunikation

Portal wird ständig erweitert

Zunächst werden zehn Verwaltungsvorgänge vor allem in den Bereichen Einwohnermelde- und Verkehrswesen zur Online-Bearbeitung angeboten, die Zahl soll in den kommenden Monaten steigen. Das Portal wird inhaltlich und qualitativ ständig erweitert, z. B. um eine Online-Bezahlungsfunktion für Gebühren oder eine Online-Bereitstellung von Bescheinigungen und Bestätigungen - bisher werden diese noch per Post an die Bürger verschickt. Erreichbar ist das Bürgerservice-Portal unter der Adresse www.buergerserviceportal.de/wuerzburg.

Etwa 17.000 Würzburger Bürger sind bislang im Besitz des nPA, 36 Prozent davon haben die Option eID, die elektronische Identifikation, freischalten lassen. Mit Chipkartenlesegerät und individueller PIN können sie sich nun im Bürgerservice-Portal rechtssicher legitimieren. Dadurch wird eine lückenlose und transparente Online-Kommunikation zwischen den Würzburgern und ihrer Stadtverwaltung möglich. Auch bei der anstehenden Einbindung eines ePayment-Systems in das Bürgerservice-Portal wird sich die Stadt Würzburg als Pilotkunde einbringen. □



Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



Markus Hofmann
Leiter des Geschäftsfelds
Personalwirtschaft der AKDB



Auskunftsstelle
Personal

Mehr Transparenz. Mehr Effizienz.

Vertrauen Sie mit OK.PWS der Kompetenz der AKDB, wenn es um Ihre moderne Personalverwaltung geht. Die Fachanwendung Reisekosten unterstützt Sie bei Antrag, Genehmigung und Abrechnung von Dienst- und Fortbildungsreisen.

Vorteile: Abrechnung nach gesetzlichen Vorgaben, intuitive Bedienung auf „Knopfdruck“, Prozessüberwachung mit Reporting, flexible Schnittstellen zur Personalabrechnung und zum Finanzwesen der AKDB, medienbruchfreie und papierlose Bearbeitung und vieles mehr.

Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89 5903-0.



Software, die dem Menschen dient!

www.akdb.de

Anlagensteuerung per Mobilfunk:

Zeit- und Kostenersparnis

Kerngeschäft im Fokus: Automatische Kommunikation zwischen Maschinen schafft Raum für neue Aufgaben

Nach aktuellen Prognosen wird die autarke Kommunikation zwischen Maschinen (kurz: M2M) in den kommenden Jahren zu einem wichtigen Wachstumstreiber. Die Zahl der eingesetzten SIM-Karten auf dem deutschen Markt könnte bis 2013 auf mehr als fünf Millionen steigen. Ein Spezialist für M2M-Lösungen ist die E-Plus Tochter M2M-PLUS, die sich auf gewerbliche Lösungen konzentriert.

In der M2M-Kommunikation übernehmen in sich geschlossene Module das Überwachen, Steuern und Regeln von technischen Anlagen. Nicht ohne Grund: Die Datenkommunikation über Mobilfunknetze ist weltweit möglich, aufwändige und

und Antenne senden und empfangen M2M-Module Befehle aus der Ferne, überwachen Windkraftanlagen, erfassen Verbrauchsmengen oder helfen bei der Ortung von Containern. Der Einsatz der M2M-Kommunikation bleibt dabei nicht auf

Versorger bereiten deren Einführung vor: Smart Meter, die neue Generation von Stromerfassungsgeräten, sind bereits seit Ende 2011 Pflicht für gewerbliche Neubauten. Smart Meter erfassen den Stromverbrauch privater und gewerblicher Kunden, anders als herkömmliche Einrichtungen zur Verbrauchsermittlung in deutlich höherer Auflösung und kürzeren Intervallen. Die erfassten Daten verbleiben dabei nicht im Gerät: Mit Hilfe einer DSL- oder Mobilfunkverbindung gelangen die Messdaten über ein Rechenzentrum nahezu in Echtzeit zum Anbieter.

Neuer Lösungsansatz

Um insbesondere kleinere und mittlere Energieversorger zu entlasten, hat die im rheinischen Neukirchen bei Duisburg ansässige Firma Arkadon in Zusammenarbeit mit M2M-PLUS einen neuen Lösungsansatz erarbeitet: Eine Datensammleinheit erfasst die Daten von bis zu 40 Smart Metern und leitet diese über eine gesicherte VPN-Verbindung an das unternehmenseigene Rechenzentrum weiter. Die dort erfassten Daten stellt Arkadon Energieversorgern auf Wunsch als Rohdaten oder in aufbereiteter Form zur Verfügung. Über ein webbasiertes Interface, das „Energy Cockpit“, können kommunale Versorger anschließend auf die eigene Datenbank zugreifen und die darin enthaltenen Verbrauchsdaten ana-

lysierten, interpretieren und auswerten. So können Energieversorger auf Verbrauchsspitzen und Netzschwankungen gezielter reagieren, neue Tarife für spezielle Zielgruppen entwickeln oder Verbraucher über Einsparmöglichkeiten informieren.

Einer der größten Vorteile für die Anbieter dürfte jedoch der Entfall der sonst üblichen hohen Anfangsinvestitionen für Integra-

tion und aufwändige Tests neuer Systeme sein. Mit der Lösung von Arkadon und M2M-PLUS amortisieren sich dagegen die Investitionen innerhalb kürzester Zeit.

Kostensenkung

„Die Vorteile für kommunale Versorger bei der Nutzung von M2M-Lösungen liegen auf der Hand“, betont Steffen Böning,

bei der E-Plus Gruppe verantwortlich für die strategische Geschäftsentwicklung. „Durch Prozessoptimierungen lassen sich in vielen Bereichen Kosten senken. Eine Smart Meter-Lösung wie die von Arkadon erlaubt eine weitaus präzisere Tarifmodellierung, die angesichts neuer Energiequellen und steigender Kosten für Versorger und Verbraucher immer wichtiger wird.“ □



Die Messdaten gelangen über ein Rechenzentrum nahezu in Echtzeit zum Anbieter. □

kostenintensive Kabelarbeiten können entfallen. In abgelegenen Gebieten stellt der Mobilfunk daher häufig die einzige Alternative zur kabelgebundenen Datenübertragung dar.

Ausgestattet mit SIM-Karte

den industriellen Einsatz beschränkt, ebenso eröffnet die drahtlose Kommunikation kommunalen Betrieben eine Vielzahl von Möglichkeiten.

Einige Stadtwerke bieten sie bereits an, andere kommunale

AKDB-Geschäftsstelle Oberfranken in Bayreuth:

Informationsaustausch hochrangiger Politiker

Prominenter Besuch in der Geschäftsstelle Oberfranken der AKDB: Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, und der Bayreuther Landrat Hermann Hübner kamen der Einladung des Landtagsabgeordneten Walter Nadler nach und trafen sich in der AKDB-Geschäftsstelle Oberfranken in Bayreuth. Hier ist der Sitz des Service-Rechenzentrums der AKDB. Es arbeitet im Drei-Schicht-Betrieb als Dienstleister für die bayerischen Kommunen und den Freistaat Bayern und vereinfacht aus Sicht der Kommunen die Kommunikationsverbindungen erheblich. Über die Clearingstelle läuft z. B. auch eine Meldung über den Verlust des neuen Personalausweises mit eID-Funktion an das Sperrregister, das beim Bundesverwaltungsamt angesiedelt ist.

Insgesamt greifen mehr als 7.000 Arbeitsplätze auf die Daten im AKDB-Service-Rechenzentrum zu. Das Druckzentrum, dessen Dienste über das Rechenzentrum in Bayreuth abgewickelt werden, produziert jährlich etwa 70 Millionen Druckseiten, davon über 12 Millionen für das Mahngericht Coburg und etwa 1,3 Millionen für das Zentrum Bayern für Familie und Soziales ZBFS, mit dem man seit zehn Jahren kooperiert. Gleichzeitig werden pro Jahr über 15 Millionen Blatt kuvertiert.

Rund drei Millionen Briefsendungen und Pakete verlassen jährlich das AKDB-Service-Rechenzentrum. In Wahljahren kommen je Wahl noch einmal ca. drei Millionen Wahlbenachrichtigungskarten hinzu, die im Kundenauftrag beim Briefzentrum Bayreuth eingeliefert werden. Aus Sicherheitsgründen ist das Rechenzentrum nicht öffentlich zugänglich. Die Sicherheitsvorschriften der AKDB sind äußerst streng: Ohne Ausnahme erhalten alle Gäste Besucherausweise, müssen schriftlich den Datenschutzbestimmungen der AKDB zustimmen und sich strengen Zugangskontrollen unterziehen. Grund: Hier sind vertrauliche Daten unter anderem aus den Bereichen Einwohnermelde-, Personal- und Finanzwesen gelagert. Die AKDB erfüllt dabei die höchsten Anforderungen an Datenschutz und -sicherheit.

Vorreiterrolle

Die Stadt Bayreuth ist seit Jahrzehnten in allen Kernbereichen der kommunalen IT Kunde der AKDB und nimmt eine Vorreiterrolle bei der Verwaltungsmodernisierung ein. Mittlerweile hat jeder PC-Arbeitsplatz im Rathaus zumindest indirekt mit der Software der AKDB zu tun. Mit der AKDB verbindet sie eine besonders vertrauensvolle Partnerschaft. Die AKDB ist Arbeitgeber für über 100 meist hoch qualifizierte Arbeitsplätze am Standort Bayreuth.

Dr. Michael Hohl engagiert sich in den Gremien der AKDB und stärkt so die AKDB durch seinen positiven Einfluss. „Schon die Vorgänger des amtierenden Oberbürgermeisters hatten seit 1971 hohe Funktionen im Verwaltungsrat der AKDB“, stellt der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth fest. Der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, zum Standort Bayreuth und der IT-Nutzung durch die Stadt: „Mit Bayreuth verbindet man in erster Linie Kultur, Wirtschaft und Uni-

versität. Aber auch was den IT-Einsatz angeht, spielt Bayreuth in der ersten Liga.“

Nicht ohne Grund hat die AKDB die oberfränkische Hauptstadt als Pilotkunden bei innovativen Verwaltungsprojekten wie dem Vorausgefüllten Meldechein (VAMS) gewählt. Der VAMS reduziert den Verwaltungsaufwand bei der Anmeldung für Bürger und Verwaltungsmitarbeiter gleichermaßen. Auch die Doppik-Einführung bei der kreisfreien Stadt im Bereich der Finanzwirtschaft Anfang des

Jahres unterstreicht die guten Geschäftsbeziehungen eindrucksvoll. OB Dr. Hohl zeigte sich mit dem Umstellungsprozess zufrieden: „Wir sind froh, die AKDB an unserer Seite zu haben.“

Ein weiteres bürgerfreundliches Projekt entstand durch z. T. persönliche Initiativen des Oberbürgermeisters Dr. Hohl und der beteiligten Landräte: Mit der sogenannten erweiterten Zuständigkeit können die Bürger der Stadt Bayreuth ihr Fahrzeug wohn- und standortunabhängig auch bei den Kfz-Zulassungsstellen der Landkreise Bayreuth und Kulmbach an-, ab- oder ummelden - davon profitieren auch Zulassungsbehörden und Autohäuser. Staatssekretär Franz Josef Pschierer sagte noch einige Worte zum Thema Bürgerservice-Portal der AKDB und zu den teilweise bestehenden Verwaltungshemmnissen: „Auch wir Politiker müssen uns noch stärker Gedanken machen, ob unsere Gesetze eGovernment-tauglich und durch ITUnterstützung umsetzbar sind.“ □

Handynutzung:

Nicht alles ist erlaubt

Informationen des Informationszentrums Mobilfunk e. V. (IZMF) zum Europäischen Tag des Datenschutzes

Fotos von der Geburtstagsparty verschicken, den Liebessong mit Freunden teilen oder im sozialen Netzwerk ein Urlaubsvideo zeigen – mit modernen Handys ist das kein Problem. Doch nicht alles ist erlaubt. Persönliche Daten – dazu zählen auch Fotos und Filme – unterliegen einem besonderen Schutz. Einige Tipps für den sicheren Umgang damit hat das Informationszentrum Mobilfunk e. V. (IZMF) zusammengestellt.

Die meisten Handys verfügen heute über leistungsfähige Kameras. Beim Veröffentlichen und Verschicken von Schnappschüssen, Film- und Tonaufnahmen sind einige Dinge zu beachten. Private Fotos und Filme von Personen dürfen nur mit deren Einwilligung veröffentlicht werden. Andernfalls wird das Recht am eigenen Bild verletzt. Besonders problematisch sind heimliche Aufnahmen, weil sie zusätzlich die Persönlichkeitsrechte der gefilmten oder fotografierten Personen missachten.

Nur zum Privatgebrauch

Das Handy wird immer mehr zur Multimedia-Plattform: Man kann Musik hören, Filme anschauen, Zeitungen und Bücher lesen. Per Bluetooth, MMS und Internet lassen sich diese Inhalte einfach mit anderen teilen. Aber Musik, Bilder und Texte sind in der Regel urheberrechtlich geschützt.

Das bedeutet: Nur wenn der Rechteinhaber einverstanden ist, dürfen sie verbreitet werden. Privatkopien sind dagegen in der Regel erlaubt. Diese dürfen auch unentgeltlich an Verwandte oder enge Freunde weitergegeben werden. Wer dafür allerdings einen Kopierschutz knackt, macht sich strafbar. Verboten ist auch die Verbreitung über Tauschbörsen oder die eigene Website – außer der Rechteinhaber hat

dies ausdrücklich genehmigt.

Tipps für eine sichere Handynutzung

- Mit persönlichen Daten – dazu gehören Name, Adresse, Zugangsdaten genauso wie Fotos und Filme – vorsichtig umgehen und nur an vertrauenswürdige Personen weitergeben.
- Datenübertragungsfunktionen des Handys wie Bluetooth deaktivieren, wenn sie nicht benutzt werden.
- Besitzer von Smartphones sollten besonders wachsam sein, denn die Geräte sind mittlerweile Ziel von Hackerangriffen geworden. Wie beim PC gilt: Firewall und Virenprogramm schützen vor unberechtigten Zugriffen und Datendiebstahl.
- Gerade Kinder und Jugendliche sollten über Datenschutz und Urheberrecht aufgeklärt werden und wissen, welche Folgen ein Missbrauch haben kann.
- Vor der Verwendung von Bildern, Texten oder Musik Informationen über die Urheberrechte und Genehmigungen für die erlaubte Verwendung einholen.
- Falls der Verdacht auf eine Straftat besteht, die Polizei informieren. Wer solche Inhalte, zum Beispiel „Happy Slapping“-Filme, zugeschickt bekommt, sollte diese aber nicht sofort löschen, sondern als Beweismittel aufbewahren.

Im Internet: www.izmf.de □

Part of E-Plus Group

M2M PLUS
control success



Jetzt kostenloses Starter-Set anfordern!

Kontrollierte Erfolge mit unserem innovativen Top-Service

Machine-to-Machine-Lösungen versprechen hohe Effizienz, aber erst mit dem neuen M2M-PLUS Control Center können Sie jetzt wirklich mehr als nur Standard-Lösungen nutzen. Mit M2M-PLUS haben Sie den Erfolg selbst in der Hand. Denn wir garantieren Ihnen Kontrolle, Sicherheit und Steuerbarkeit für Ihre SIM-Karten.

Buchen Sie jetzt Hochleistung!

Jetzt informieren: unter 0800-178 10 10*,
info@m2m-plus.de oder auf www.m2m-plus.de

* Kostenfrei aus dem dt. Festnetz

Die Top-Innovation

Das M2M-PLUS Control Center:

- Einfach vielfältige Steuerungsfunktionen nutzen
- Transparent alle SIM-Karten in Echtzeit kontrollieren
- Flexibel selbst SIM-Karten aktivieren und Laufzeiten bestimmen
- Effizient Kosten kontrollieren durch zusätzliche Optionen: Top-Stop, zusätzliche SMS-Flat, Pause-Option usw.

Heizen mit edlem Nass

Mennicke verlegt Fernwärmeleitungen für Geothermie

Zum konventionellem Heizen mit Öl und Gas bietet die thermische Wärme aus dem Erdinneren eine zuverlässige, klimaschonende und preiswerte Alternative. Vom Staat wird die Geothermietechnik seit Jahren gefördert. Zum Endverbraucher gelangt die Wärme aus Thermalwasser über ein wärmegeämmtes Leitungssystem. Für die AFK Geothermie, ein Fernwärmeprojekt dreier Gemeinden bei München, installierte Mennicke die Fernwärmeleitungen.

Thermalwasser erinnert zunächst an Kurbäder und Kosmetik. Doch das mineralstoffreiche Wasser aus den Tiefe kann mehr. Durch glühendes Gestein unter der Erdkruste erhitzt, eignet es sich als zukunftsweisende Heizquelle. Drei Kommunen im Münchner Osten haben das Potential frühzeitig erkannt und vor knapp vier Jahren eine gemeinsame Initiative zur lokalen Energieversorgung gestartet. 2009 zur „Energie-Kommune des Monats“ gekürt, versorgt die AFK Geothermie immer mehr Einwohner mit der Wärme aus der Tiefe. Das Interesse der Bürger wächst. Sukzessive werden neue Objekte angeschlossen.

Rohrleitungen für Fernwärme und Glasfasernetz

Maßgeblich am Netzausbau

Breitband-Anschlüsse:

Deutschland in der Spitzengruppe

Fast 80 Prozent aller Haushalte nutzen einen schnellen Internet-Zugang

Der Breitband-Boom in Deutschland setzt sich fort. Lange Zeit haben deutsche Haushalte schnelle Internet-Zugänge im internationalen Vergleich nur mäßig genutzt. Nun ist man in der Spitzengruppe angekommen. Inzwischen nutzen fast vier von fünf Haushalten (78 Prozent) einen schnellen Breitband-Zugang ins Netz. Damit hat sich die Zahl dieser Anschlüsse seit 2004 mehr als vervierfacht und beträgt nun 31 Millionen.

Deutschland liegt klar über dem europäischen Schnitt, auf Rang 6. Dies gab der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) heute bekannt. Basis sind neue Zahlen von Eurostat. „Die Breitband-Strategie des Bundes und die Milliarden-Investitionen der Netzbetreiber haben es ermöglicht, dass Deutschland bei der Breitband-Nutzung inzwischen vorne dabei ist“, sagt BITKOM-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. Schnelle Internet-Zugänge mit mindestens 1Mbit/s sind in Deutschland für über 99 Prozent der Haushalte verfügbar. Nur jeder fünfte Haushalt nutzt dieses Angebot nicht.

Attraktive Angebote

„Für Zuwachs bei der Nutzung sorgten außerdem sinkende Preise bei gleichzeitig höheren Bandbreiten“, so Rohleder. Immer höhere Geschwindigkeiten und die Kombination von Fernsehanschluss, Internetzugang sowie Telefonie machen die Paketangebote für immer mehr Kunden attraktiv.

Laut Bundesnetzagentur haben die TK-Unternehmen zwischen 1998 und 2010 über 93 Milliarden Euro in den Ausbau der Netze investiert. „Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellen Internetverbindungen unverzichtbar“, sagte Rohleder. Wichtige Zukunftsprojekte, wie intelligente Strom- und Verkehrsnetze, seien auf ein leistungsfähiges Breitbandnetz angewiesen.

Ausbau beschleunigen

Die Bundesregierung will durch Breitbandstrategie den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen. Mit dem Ausbau

beteiligt ist im zweiten Jahr in Folge Mennicke Rohrbau. Technisch federführend verlegte Mennicke in ARGE mit einem Partnerunternehmen in Kirchheim-Heimstetten 2011 circa 2.600 Trassenmeter Hauptleitungen (DN25 bis DN125) sowie rund 900 Meter Hausanschlussleitungen (DN 25 bis DN 50) für die Fernwärme. Bereits 2010 hatte Mennicke in den Nachbargemeinden bei München Maßnahmen mit einem ähnlich hohen Bauvolumen durchgeführt.

Schlüsselfertiges Komplettpaket

Auch in diesem Jahr bot der Rohrleitungsspezialist ein schlüsselfertiges Komplettpaket an und übernahm vom Tiefbau über den Rohrbau alle Leistungen einschließlich der Wiederherstellung

der Oberflächen. Da in den Gemeinden bald ein schnelleres Internet ermöglicht werden soll, nutzte Mennicke die Baumaßnahme und verlegte neben den Fernwärmeleitungen zugleich auch die Leerrohre und Schächte für den Ausbau des Glasfasernetzes.

Voller Einsatz unter erschwerten Bedingungen

Aufgrund des eng gesteckten Zeitplans für das Projekt mussten die Arbeiten zügig ablaufen. Bei dem Großteil der Trasse fand die Verlegung allerdings in nur drei Meter breiten Wohnwegen statt. So konnte das ausgehobene Material nicht neben dem Rohrabau gelagert werden, sondern musste auf ein Zwischenlager abgefahren werden. Gleichzeitig musste mit erhöhter Sorgfalt gearbeitet werden, da die Vorgärten unmittelbar an die Wohnwege angrenzten.

Volle Manpower

„Unter diesen erschwerten Bedingungen entschieden wir uns beim Aushub für kleinere, fle-

xiblere Geräte“, erläutert Michael Weber, Niederlassungsleiter Süd, das Vorgehen von Mennicke. „Außerdem musste ein erheblicher Teil des Rohrgrabens mittels Handschachtung gebaut werden. Da ist natürlich ein erhöhter Personaleinsatz notwendig, um die Zeitvorgaben einzuhalten.“ Für die Installation der Fernwärmeversorgung für die neuen AFK-Kunden engagierte sich Mennicke daher mit voller Manpower.

Erfolgreicher Umstieg auf regenerativ erzeugte Fernwärme

Um Energieverluste möglichst gering zu halten, wurden doppelt isolierte Kunststoffmantelrohre eingesetzt. Nach erfolgreicher Verlegung wurden die rund 70 Hausanschlüsse an die bestehende Hauptversorgungsleitung angebunden. Routiniert und erfahren realisierte Mennicke im Auftrag der AFK Geothermie GmbH für die Gemeinden Kirchheim-Heimstetten den reibungslosen Umstieg auf die regenerativ erzeugte Fernwärme. Bereits in diesem Winter strömt die Wärme aus rund 2.500 Metern Tiefe in die Häuser der Anwohner.

Über Mennicke Rohrbau

Mit ihrer über 135-jährigen Geschichte ist die Mennicke Rohrbau GmbH ein erfahrener Anbieter für den Rohrleitungsbau auf dem deutschen Markt. Das Unternehmen entwickelt wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösungen für die Ver- und Entsorgung und die Industrie. Mennicke ist Teil der Nürnberger Baugruppe, die aktuell mit ca. 1.000 Mitarbeitern 100 Millionen Euro umsetzt. □

Eine Nummer für ganz Europa: der Notruf 112

Informationszentrum Mobilfunk e. V. (IZMF): Wichtige Rufnummern für Handybesitzer

Schnelle Hilfe ist in Notsituationen entscheidend. Oft passieren Unfälle unterwegs und dann ist das Mobiltelefon für einen Notruf schnell zur Hand. Die Rufnummer 112 ist allgemein bekannt, um die zuständigen Einsatzkräfte wie Polizei, Rettungsdienst oder Feuerwehr zu alarmieren. Doch nur etwa ein Fünftel der Deutschen weiß, dass diese Nummer auch europaweit funktioniert – kostenfrei, ohne entsprechende Ländervorwahl und oft sogar mehrsprachig.

Unter der 112 können Bürger in der Europäischen Union und weiteren Ländern Europas direkt die nächstgelegene Leitstelle erreichen. Diese wiederum schickt die Rettungskräfte zum Unfallort. Die Nummer lässt sich ohne Eingabe der PIN oder Prepaid-Guthaben wählen. Sollte das eigene Netz nicht verfügbar sein, wählt sich das Handy automatisch in ein anderes ein – ohne zusätzliche Kosten. In Deutschland muss dafür seit Mitte 2009 zwingend eine aktive SIM-Karte eingelegt sein.

Weitere Notrufnummern in Deutschland

Die 112 ist in Deutschland nicht der einzige Weg, um die Polizei zu rufen. Sie ist weiterhin über die 110 erreichbar. Wenn das Portemonnaie mit EC-, Kredit- und Krankenkassenskarte oder aber das Handy abhanden gekommen sind, lassen sich diese bundesweit unter der 116 116 sperren. Die oft zeitraubende Suche nach den Sperrnummern der einzelnen Karten entfällt. Das minimiert das Risiko eines Missbrauchs der Daten. Für Wassersportler ist zudem die 124 124 hilfreich:

Im küstennahen Bereich der Nord- und Ostsee erreichen Sie direkt das Maritime Rescue Coordination Centre (MRCC).

Die fünf „W“ für schnelle Hilfe

Gerade in einer Extremsituation wie einem Unfall sind nicht immer alle wichtigen Informationen für eine schnelle Hilfe präsent. Die folgenden „W“ bieten eine nützliche Gedächtnisstütze: Wo ist es passiert? Was ist passiert? Wie viele Verletzte oder Erkrankte sind betroffen? Welche Verletzungen oder Erkrankungen liegen vor? Warten auf Rückfragen.

Über das IZMF

Das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Medien sowie öffentliche und private Einrichtungen zum Thema mobile Kommunikation. Es ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der von den Mobilfunknetzbetreibern gegründet wurde. Weitere Infos zum Thema Mobilfunk bietet das IZMF unter www.izmf.de. □

eTwinning auf der didacta Bildungsmesse 2012

Informationen rund um das eTwinning-Netzwerk für Schulen in Europa fanden die Besucher der didacta Bildungsmesse im Rahmen der Sonderschau von Schulen ans Netz e.V. „Kompetenz fördern, Qualifizierung stärken, Orientierung vermitteln: Medienbildung 2.0“ in Hannover.

Mit dem EU-Programm eTwinning vernetzen sich Schulen aus ganz Europa und das Internet hält Einzug in den Klassenraum: Durch die webbasierten Schulpartnerschaften wird nicht nur die Medienkompetenz von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften gefördert, sondern gleichzeitig auch die interkulturelle Kompetenz gestärkt. Der Verein Schulen ans Netz koordiniert das eTwinning-Netzwerk in Deutschland.

Auf der didacta Bildungsmesse informierte er die Besucher umfassend über eTwinning-Projektmöglichkeiten im Unterricht und internetbasiertes Lernen.

Vernetzung von Klassenräumen

eTwinning ist Teil von Comenius, dem EU-Programm für schulische Bildung und bietet eine moderne Form des Schüleraustausches und der interkulturellen Projektarbeit für alle Fächer und Schulformen. Mehr als 93.000 Einrichtungen aus 32 europäischen Ländern nutzen die eTwin-

Zur Methodik: Eurostat führt jährliche Erhebungen zur ITK-Nutzung in Haushalten und in Unternehmen durch. EU-weit liegt die Stichprobe für die Befragung bei über 200.000 Personen. Breitband richtet sich laut Eurostat nach der Art der Internet-Verbindung, nicht nach der Geschwindigkeit. Zu den Breitband-Technologien gehören beispielsweise DSL, ADSL, VDSL, Kabel, Satellit sowie UMTS, falls mobiles Breitband vor Ort verfügbar ist und die zur Nutzung notwendigen Voraussetzungen (entsprechendes Gerät, Vertrag mit Haushaltsmitglied) vorliegen. □



HEUSSEN: EINFACH_MEHR

Unser erfahrenes Team bietet Rechtsberatung für Kommunen und Landkreise in allen Fragen des Öffentlichen Rechts und des Wirtschaftsrechts, z. B.

- › Recht der Erneuerbaren Energien
- › Vergaberecht
- › Bau- und Planungsrecht
- › Gesellschaftsrecht
- › Compliance-Beratung

Zu unseren Mandanten gehören sowohl private Investoren wie auch die öffentliche Hand. Daher kennen wir gerade bei Infrastruktur- und Bauprojekten die Interessen und die Arbeitsweise aller Beteiligten und können für unseren Auftraggeber das beste Ergebnis erzielen.

Mit HEUSSEN haben Sie immer starke Partner an Ihrer Seite, die mehr für Sie tun, um mehr für Sie zu erreichen: Einfach_Mehr

Nehmen Sie Kontakt auf

HEUSSEN Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH
Brienner Straße 9, 80333 München, Tel. +49 (0)89-29097-0
Ansprechpartner: Dr. André Turiaux und Dr. Norbert Huber
andre.turiaux@heussen-law.de oder norbert.huber@heussen-law.de

www.heussen-law.de, www.erneuerbare-energien-recht.de

BERLIN, FRANKFURT, MÜNCHEN, STUTTGART, AMSTERDAM*, BRÜSSEL**, ROM*, NEW YORK**
(*Kooperationsbüros / **Representative Offices)

Mehrkostenvergütung:

Erneuerung der Wasserleitung

Als sich in einem Gemeindegebiet ergab, dass eine vorhandene Wasserleitung erneuert werden musste, kamen die Gemeinde und der Wasserbeschaffungsverband überein, dass unter Berücksichtigung der für den Feuerschutz notwendigen Dimensionierung gebaut werden müsse. Wegen der Übereinstimmung der beiden Beteiligten beschloss der Gemeinderat, dass die neue Wasserleitung zu verlegen war, ohne dass die Dimensionierung der Leitung konkret benannt wurde, die im Hinblick auf die Belange der Versorgung und der Feuersicherheit erforderlich war, noch wurden die dafür anfallenden Mehrkosten konkret ausführlich geregelt.

Nach Ausführung der Baumaßnahme verlangte der Wasserbeschaffungsverband dann von der Gemeinde die Erstattung der Mehrkosten in Höhe von 30.000 Euro. Ein entsprechender Vertragsschluss wurde aber unterlassen.

Zahlungsanspruch

Nach dem Beschluss des Bayri-

schen Verwaltungsgerichtshofes vom 31.8.2011 – 8 ZB 11.549 – war dieser Zahlungsanspruch unbegründet, weil die Heranziehung der Vorschriften der Geschäftsführung ohne Auftrag nicht in Frage kam. Unbegründet war die Auffassung des Bürgermeisters, die Gemeinde hätte den Leitungsbau mit einer Dimensionierung von 150 mm bestellt und ebenso die Vergütung

der Mehrkosten zugesagt. Dabei hatte er ohne Vertretungsmacht gehandelt, so dass er die Gemeinde dem Wasserbeschaffungsverband gegenüber nicht verpflichtet konnte.

Vertretungsmacht

Der Bürgermeister hätte die Gemeinde nur dann wirksam nach außen vertreten, wenn er auch über die im konkreten Fall notwendige Vertretungsmacht verfügt hätte. Daran fehlte es. Die entsprechenden Regelungen der Gemeindeordnung können nicht durch Heranziehung der Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag im öffentlichen Recht umgangen werden. Der Bürgermeister darf Erklärungen für die Gemeinde nur in Vollzug eines Gemeinderatsbeschlusses abgeben. Die Vertretungsmacht des Bürgermeisters ist hiermit durch die Entscheidungszuständigkeit des Gemeinderats als Hauptorgan beschränkt. Für Rechtsgeschäfte hat dies zur Folge, dass diese nach dem § 177 f.f. BGB schwebend unwirksam sind. **RA Dr. Otto**

Berliner Abfallwirtschafts- und Energiekonferenz:

Abfallverbrennung und Recycling gehören zusammen

506 Führungskräfte und Fachleute trafen sich jüngst zur Berliner Abfallwirtschafts- und Energiekonferenz, um Vorträge über die Optimierung der Abfallverbrennung zu hören und zu diskutieren. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Vortrag von Reinhard Bütikofer über die Politik des Europäischen Parlaments zur Kreislaufwirtschaft. Hierzu nahm Professor Thomé-Kozmiensky ausführlich Stellung und zeigte auf, warum Recycling und Abfallverbrennung unbedingt zusammen gehören. Dies erläuterte er am Beispiel der unterschiedlich entwickelten Abfallwirtschaften in der Europäischen Union. Es folgten Vorträge über die Märkte für Abfallverbrennungsanlagen, das globale Potential für Energie aus Abfall und Entwicklungslinien im Anlagenbau.

Die EU-Rohstoffpolitik

Europas Industrie steht bei der Rohstoffversorgungssicherheit unter Druck. Hochtechnologie-Metalle, wie Tellurium, Indium oder die Seltenen Erden sind für die Transformation zu einer grünen Wirtschaft unabdingbar, werden jedoch immer schwerer zugänglich.

Mit einer Recyclingquote von nur einem Prozent ist Europa von einer angemessenen Wiederverwertung dieser Hochtechnologie-Rohstoffe noch weit entfernt. Die Entwicklung neuer Wiederverwertungstechnologien und entsprechender politischer Weichenstellungen ebenso wie eine konsequente Förderung von Ressourcen-Effizienz sind neben handelspolitischen Strategien erforderlich, damit die EU beim Zugang zu Hochtechnologie-Metallen nicht ins Hintertreffen gerät.

Nachhaltigkeit

Mit Energie aus Abfall lassen sich in Mitteleuropa etwa drei Prozent des Strombedarfs und zehn Prozent des Wärmebedarfs von Haushaltungen decken. Dies ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit umso entscheidender, als Abfall zu mehr als fünfzig Prozent aus regenerierbaren, d.h. nativ organischen Stoffen besteht. In Mittel- und Nordeuropa gehört Energie aus Abfall bereits seit langem zu den zentralen Elementen nachhaltiger Abfallbewirtschaftungs- und Energieerzeugungskonzepte. Außerhalb Europas besteht zwar ein vergleichbar hohes Potenzial, doch wird dieses – vorwiegend aus Kostengründen – bisher nur wenig oder gar nicht genutzt.

Eine der Voraussetzungen für die Nutzbarmachung der Energie aus Abfall – insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern – ist die Standardisierung der Anlagentechnik mit weitgehender Fertigung vor Ort. In einem ehrgeizigen Projekt in Sri Lanka steht dieses Konzept kurz vor der vollständigen Umsetzung. Bis Ende 2013 sollen aus jährlich 200.000 Tonnen Abfällen, die bisher deponiert wur-

den, 8 MW Strom für das öffentliche Netz erzeugt werden, wie Martin Brunner, Geschäftsführer der Ramboll AG Waste-to-Energy Switzerland anlässlich der Berliner Abfallwirtschafts- und Energiekonferenz ausführlich darstellte.

Rohstoffliche Verwertung von Altkunststoffen im Hochofen

In einem Hochofen der voestalpine Stahl GmbH in Linz werden bis zu 110.000 Tonnen Kunststoff als Reduktionsmittel eingesetzt. Die Altkunststoffe substituieren Primärrohstoffe wie Kohle oder Schweröl. Dies entspricht bei dieser Anlage einer Menge von 40 bis 50 kg Altkunststoffe pro Tonne Roheisen. Damit wird für die stoffliche Verwertung von Altkunststoffen eine weltweite Benchmark gesetzt. Der Hochofenprozess in Linz hat den höchsten Ressourceneinspareffekt im Vergleich mit anderen Verwertungsverfahren für Mischkunststoffe, wie Thomas Buegler, Forschungsleiter des Unternehmensbereichs Roheisen der voestalpine Stahl GmbH ausführte.

Eine neue Komponente zur Erweiterung von Leitsystemen

für Abfallverbrennungsanlagen wurde von der Martin GmbH für Umwelt- und Energietechnik, München entwickelt. Die modular aufgebaute Feuerungsregelung MICC – Martin Infrared Combustion Control – erfüllt derzeitige und für die Zukunft absehbare Anforderungen für den Betrieb von Abfallverbrennungsanlagen: die Erfassung der Brennbett-Temperaturen, die sogenannte Fuzzyregelung, die Datenerfassung und die Fernwartung. Mit diesen Komponenten kann der Verbrennungsprozess optimal geführt werden. Nach Art eines Technologie-Applikations-servers kann das neue Feuerungsregelungssystem flexibel in jedes moderne Leitsystem eingebunden werden. Dipl.-Ing. Reinhard Schreiner von der Abteilung Forschung und Entwicklung hat auf der Konferenz diese Feuerungsregelung und Erfahrungen in neu errichteten und nachgerüsteten Anlagen vorgestellt.

Dezentrale Energie

Die MVV Energie AG hat schon immer im Mannheimer Norden mit dem Betrieb des Heizkraftwerkes Nord (HKW Mannheim) auf dezentrale Energieversorgung gesetzt. Durch den Einsatz der KWK können im Vergleich zu zentralen Energiekonzepten CO₂-Emissionen eingespart werden, gleichzeitig werden Ressourcen geschont. Bei der Stromlieferung an die Industriekunden in direkter Umgebung entstehen nur geringe Netzverluste. In Summe wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, weil die Wertschöpfung überwiegend hier erfolgt. □

Finanzierung der Fraktionsarbeit durch die Gemeinde

Allgemein ist es bei den Gemeinden üblich geworden, durch Beschlüsse der kommunalen Organe die Finanzierung der Fraktionsarbeit sicherzustellen. Dabei werden vielfach die Zuwendungen verbindlich konkretisiert.

Die Gemeinde gewährt den Fraktionen und Gruppen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sachliche und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Dadurch wird ein Anspruch der Fraktionen auf Zuwendungen für die Geschäftsführung begründet. Eine Fraktion kann im kommunalrechtlichen Organstreit geltend machen, die ihre gewährten Zuwendungen wären zu gering und andere konkurrierende Fraktionen durch eine Verteilungsregelung gleichheitswidrig begünstigt.

Pflichtgemäßes Ermessen

Die Bestimmung der Höhe der Zuwendungen steht allerdings im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde. Ein Anspruch auf eine Vollkostenerstattung besteht jedoch nicht. Eine gesetzlich zwingende Erstattung aller Geschäftsführungskosten entfällt, weil der Umstand nicht außer Acht gelassen werden darf, dass den Fraktionen weitere Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, wie etwa Finanzmittel der hinter ihnen stehenden Parteien oder Wählervereinigungen, Spenden Einzelner und Umlagen der Fraktionsmitglieder.

Wenn sich der Gemeinderat entschließt, nur einen Teil der Aufwendungen zu erstatten, die den Fraktionen für ihre Arbeiten entstehen, müssen die übrigen Er-

messensgrundsätze beachtet werden. Bei der Festlegung des Finanzierungssystems hat die Gemeinde insbesondere den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten; sie ist überdies an den allgemeinen Gleichheitssatz gebunden, der als Rechtsprinzip Geltung auch für die Rechtsbeziehungen zwischen Kommunalorganen und Organteilen beansprucht. Die Gewährung von Zuwendungen ist dabei nicht an den strengeren Maßstab des Gleichheitssatzes zu messen. Vielmehr ist der allgemeine Gleichheitssatz in seiner Ausprägung als Grundsatz der Chancengleichheit zu beachten.

Zurückhaltung

Bei der Ausgestaltung des Finanzierungssystems kann die Gemeinde eine generalisierende und typisierende Betrachtung der Fraktionsarbeit vornehmen. Ob eine Fraktion im Einzelfall besonders viele politische Aktivitäten entfaltet oder sich eher passiv verhält, muss sie nicht gesondert berücksichtigen. Mit dem weiten Ermessen korrespondierend hat die Gemeinde bei der Überprüfung des Finanzierungssystems eine entsprechende Zurückhaltung zu üben.

Diese Auffassung hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Urteil vom 9.9.2011 – 1 K6865/10 – vertreten. **RA Dr. Otto**

Amtspflichtverletzung wegen Streit um ärztliche Honorarforderung

Als ein Beamter einen Beihilfeanspruch gegenüber seinem Dienstherrn geltend machte, wurde ihm entgegengehalten, es würde der Anspruch wegen Überschreitung des 2,3-fachen Gebührensatzes nach der ärztlichen Gebührenordnung nicht anerkannt. Sowohl nach der GOÄ als nach der GOZ gilt, dass eine Überschreitung des sogenannten Schwellenwertes nur ausnahmsweise zulässig ist.

Es hätte eine Amtspflicht der Beihilfefestsetzungsstelle bestanden, die Interessen des Beamten zu schützen. Der Hauptzweck der Beihilfe besteht darin, dem Beihilfeberechtigten den Anteil an den entstandenen Krankheitskosten zu kommen zu lassen, der ihm nach den einschlägigen Bestimmungen des Beihilferechts zusteht.

Beihilfeverfahren

Demzufolge dient die Prüfung der eingereichten Rechnungen auf ihre sachliche Richtigkeit vor

allem dem Zweck, die Höhe der dem Antragsteller zustehenden Beihilfe zu ermitteln. Hingegen ist es nicht die eigentliche Aufgabe des Beihilfeverfahrens, den Beihilfeberechtigten durch eine sachkundige Stellungnahme vor einer unberechtigten Inanspruchnahme durch Arzt oder Zahnarzt oder Krankenhaus zu schützen und ihn soweit möglich davor zu bewahren, sich auf einen Zivilrechtsstreit über die Berechtigung der Rechnungsstellung einlassen zu müssen. Auf eine „Vorabklärung“ derartiger Vergütungsstreitigkeiten ist das

Beihilfeverfahren auch nicht angelegt.

Zivilklage

Dem wurde die Beihilfestelle nicht gerecht. Von ihr wurde bei der Festsetzung der Beihilfe die Überschreitung des Schwellenwertes in einer Rechnung rechtswidrig und schuldhaft nicht anerkannt, so dass sich der den Antrag stellende Beamte wegen der bei ihm durch diese Entscheidung hervorgerufenen begründeten Zweifel an der Richtigkeit der Rechnungsstellung auf einen Zivilrechtsstreit mit dem Arzt einließ, so dass ihm die wegen Abweisung seiner Zivilklage entstehenden Kosten zu ersetzen waren (Urteil des Bundesgerichtshofes vom 13.12.2011 – III ZR 231/10). **RA Dr. Otto**

Klärendes Urteil:

Beseitigung des Regenwassers auf Verkehrsflächen

Die Reinigung von zur Straße gehörenden Regenwasserabläufen und Sinkkästen ist bundesrechtlich in § 54 Wasserhaushaltsgesetz geregelt, weil diese Einrichtungen dem Sammeln und Fortleiten des im Bereich der befestigten Straßenfläche anfallenden Niederschlagswassers dienen. Die Bestimmung der zur Erfüllung dieser Aufgabe verpflichteten juristischen Personen des öffentlichen Rechts obliegt schlechthin dem Landesrecht.

Nach dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.6.2011 – 9 B 99/10 – kann der Landesgesetzgeber Träger der Straßenbaulast verpflichten, das auf Verkehrsflächen vorhandene Regenwasser zu beseitigen und die hierfür entstehenden Kosten tragen.

Es handelt sich um eine umfassende Regelung. Nach § 54 Wasserhaushaltsgesetz umfasst die Abwasserbeseitigung das Sammeln und Fortleiten von Ab-

wasser. Abwasser ist neben dem Schmutzwasser auch das Niederschlagswasser, d. h. von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelte abfließende

Wasser. Das im Bereich der befestigten Straßenflächen anfallende Regenwasser ist Niederschlagswasser in diesem Sinne.

Die Regenwasserabläufe und Sinkkästen dienen dazu, dieses Niederschlagswasser zu sammeln und in die Kanalisation fortzuleiten. Dass im Regenwasser eine Verschmutzung vorhanden ist, ändert nichts daran, dass es um die Abwasserbeseitigung insgesamt geht. **RA Dr. Otto**

Strafbarkeit des Bürgermeisters wegen Haushaltsmanipulation

Nach dem Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 13.4.2011 – 1 StR 592/10 – ist ein Bürgermeister, dessen Amtsstellung vermögensrechtliche Aufgaben umfasst, vermögensbetreuungspflichtig. Er missbraucht seine Amtsstellung, wenn er die Gemeinde im Außenverhältnis unzulässig wirksam verpflichtet.

Für die Investitionen, die nicht aus dem Vermögenshaushalt der Gemeinde bestritten werden konnten und deren Finanzierung die Aufnahme von Krediten bedingte, hätte es einer in der Haushaltssatzung festzusetzenden und genehmigungspflichtigen Aufnahme von Kommunalkrediten bedurft. Kassenkredite dürfen nicht dazu eingesetzt werden, Investitionen zu finanzieren, sondern dienen ausschließlich der Erhaltung der Kassenliquidität bzw. der Behebung oder Überbrückung von Liquiditätsengpässen.

Durch die vorgenommene Kreditaufnahme hatte der Bürgermeister in Höhe der Kreditzinsen der Gemeinde einen Vermögensnachteil zugefügt. Untreue im strafrechtlichen Sinne ist also auch bei Verstößen gegen haushaltsrechtliche Vorgaben oder Prinzipien gegeben. Das Strafrecht regelt jedoch nicht die Dispositionsbefugnis des Bürgermeisters.

Jedoch hatte der Bürgermeister für die genehmigten Zwecke die falschen Mittel eingesetzt. Durch die Verpflichtung zur Zahlung von Kreditzinsen hatte er dem

Haushalt ohne Gegenwehr für die Gemeinde Mittel in Höhe dieser Zinsen endgültig und dauerhaft entzogen. Auf das angestrebte oder erhoffte wirtschaftliche Gesamtergebnis am Ende des Haushaltsjahres kam es nicht an.

Der Bürgermeister konnte sich nicht darauf berufen, durch einen von ihm durch Manipulationen und Täuschung herbeigeführten Gemeinderatsbeschluss oder aufgrund der Dringlichkeit der die Kreditaufnahme bedingenden Investitionen zum Mitteleinsatz verpflichtet gewesen zu sein oder der Gemeinde eine sonst unumgängliche Inanspruchnahme anderweitiger Mittel oder eine anderweitige Kreditaufnahme erspart zu haben. **RA Dr. Otto**

Zillertal.at 

7 Nächte HP & 6 Tage
Zillertaler Superskipass
Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension
Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00
Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten

Hotel Gaschhof

Bräu
Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-braeu.at · info@hotel-braeu.at

Betzenstein aktiv:

Innenentwicklung fördert großes Potenzial zu Tage

Die kleinste Stadt Oberfrankens hat große Ambitionen und ist dafür schon einen gewaltigen Schritt vorangekommen. Schlechte Stimmung, der drohende Zerfall der Altstadt und Skepsis gegenüber Zukunftsplänen gehören in Betzenstein endgültig der Vergangenheit an. Die Bürger blicken auf zehn erfolgreiche Jahre zurück, in denen die Revitalisierung der Stadt aktiv gestaltet wurde. Das Konzept für die Innenentwicklung hat durchweg Positives bewirkt und wird konsequent weiter verfolgt. Der Entwicklungsprozess Betzenstein ist beispielgebend und auf dem Info-Portal ländlicher Raum und Landentwicklung www.sdl-inform.de eingestellt.

Als Betzenstein 2002 das Rudel herum riss, war es für die 2600 Einwohner höchste Zeit: Die Stadt mit ihrem historischen Stadtkern, im Naturpark Fränkische Schweiz zwischen Nürnberg und Bayreuth gelegen, wies zwar ein apartes Stadtbild

auf. Viele der Gebäude waren aber sanierungsbedürftig oder standen leer. Fehlende Infrastrukturen und Unsicherheiten gegenüber einer grundlegenden Altstadtsanierung verhin-derten wichtige Entwicklungsimpulse.

Expertenhilfe brachte die Wende

Die Wende brachte ein Seminar zur Stadtentwicklung bei der Schule für Dorf- und Flur-entwicklung (SDF) in Klosterlangheim, an dem der Bürgermeister und engagierte Bürger teilnahmen. Darauf hin wurden in Arbeitskreisen grundlegende Themen wie Ortsbild und Verkehr, Handel und Gewerbe oder Soziales erörtert. 2004 leitete das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberfranken die Dorferneuerung Betzensteins ein.

Mit einem ersten Schlüssel-

projekt, der vorbildlichen Sanierung eines zentralen Straßenzugs, wurden auch Skeptiker der Dorferneuerung ins Boot geholt. Im Zuge eines zweiten Seminars an der SDF erarbeiteten engagierte Bürger und Stadträte eine Strategie für die Innenentwicklung der Stadt. Dieses Zukunftskonzept bringt die Visionen und Ziele der Bürger in Einklang mit konkreten städtebaulichen Maßnahmen. Sein Erfolg gründet insbesondere auf der frühen Einbeziehung der Bürger, der engen Zusammenarbeit mit Partnern wie dem Amt für Denkmalpflege und dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken sowie auf der fachlichen Begleitung durch externe Partner.

Attraktives Stadtbild für Bürger und Touristen

In der Folge wurden diverse Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, die den Stadtkern verschönern und die Attraktivität des Ortes für Bürger und Touristen deutlich steigern. Betzenstein erwarb leerstehende Immobilien, um sie anschließend zu sanieren, ließ bei Bedarf baufällige Gebäude abreißen, sensibilisierte die Bürger für Umnutzungskonzepte oder verkaufte an private Investoren.

Ein gelungenes Beispiel dafür ist das Betzensteiner Schloss, das durch eine mustergültige Renovierung erheblich aufgewertet und teilweise umgenutzt wurde. Solche Projekte verbessern den Gesamteindruck der Stadt und sind nicht nur für die diesjährige 825-Jahr-Feier anlässlich der Stadterhebung ein beträchtlicher Gewinn.

Private Investitionen spielen große Rolle

Für die Innenentwicklung der Stadt Betzenstein spielen private Investitionen, die durch den Anreiz öffentlicher Förderungen an Fahrt gewonnen haben, eine große Rolle. Auf diese Weise wurden in Betzenstein eine zentrale Wärmeversorgung durch eine Heizgemeinschaft sowie ein Bürgersolarpark gebaut.

Neues Selbstvertrauen

Die Stadt hat durch die erfolgreiche Innenentwicklung an Selbstvertrauen gewonnen und beteiligt sich an interkommunalen Kooperationen wie der integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) Wirtschaftsband A9/Fränkische Schweiz sowie der ILE Frankenpfalz.

Nach der erfolgreichen Umsetzung vieler Maßnahmen innerhalb der Stadtmauer will Betzenstein künftig den Fokus auf angrenzende Bereiche außerhalb der Stadtmauer legen.



Die Betzensteiner Bürger können auf zehn erfolgreiche Jahre zurückblicken, in denen die Revitalisierung der Stadt aktiv gestaltet wurde.

Nilpferd Hugo versteht nur Französisch

Bezirk engagiert sich für kindgerechte Sprachvermittlung in Unterfranken

Würzburg. Viel Zeit und „Womenpower“ steckt das Partnerschaftsreferat des Bezirks Unterfranken in sein Projekt „Frühfranzösisch“ hinein. Vor zehn Jahren begann das Team um Referatsleiterin Alice Heller damit, ein Netzwerk aufzubauen, um Kinder in unterfränkischen Kindergärten und Grundschulen mit Französisch in Berührung zu bringen. „Heute sind unsere Aktivitäten deutschlandweit einmalig“, sagt Silke Burdack, die für die Projekte des Partnerschaftsreferats zum Thema „Frühfranzösisch“ verantwortlich ist.

Rund 30 Kindergärten und 35 Grundschulen in Unterfranken bieten Burdack zufolge inzwischen Frühfranzösisch an. Dadurch, dass tendenziell weniger Kinder in Kita und Grundschule gehen, sank zwar in den vergangenen Jahren die Zahl der Kinder, die innerhalb der ersten zehn Lebensjahre Französisch lernten. Dafür stieg die Qualifikation derjenigen, die in den Kitas und Volksschulen Frühfranzösisch anbieten, deutlich an. Nicht zuletzt dank der Qualifizierungsinitiativen des Partnerschaftsreferats. Burdack: „Derzeit läuft eine dritte didaktische Fortbildung mit 18 Teilnehmern.“ An acht Samstagen lernen sie, kleine Kinder in die Geheimnisse der französischen Sprache einzuweihen.

Im Oktober 2002 konstituierte sich ein „Treffpunkt Frühfranzösisch“, an dem derzeit bis zu 20 Männer und Frauen aus Unterfranken teilnehmen. Die Mitarbeiterinnen des Partnerschaftsreferats appellieren seit zehn Jahren öffentlich auch dafür, nicht alle anderen Sprachen zugunsten des Englischen leichtfertig aufzugeben. Natürlich ist Englisch wichtig in Zeiten, in denen sich die Wissenschaft immer stärker internationalisiert und einige Lehrveranstaltungen für Studierende ausschließlich auf Englisch abgehalten werden. Dies bedeutet für Burdack jedoch nicht, dass kein Platz mehr für andere Sprachen da ist. Im Gegenteil: „Es ist nachgewiesen, dass

Schüler auch für das Englische profitieren, wenn sie eine im Vergleich zum Englischen schwierigere erste Fremdsprache wie Französisch, Italienisch oder Spanisch erlernen.“

Wie Kindern in Kindergarten und Grundschule Französisch auf eine spielerische Weise vermittelt werden kann, das erfuhren die rund 20 Mitglieder des „Treffpunkts Frühfranzösisch“ bei ihrem jüngsten Treffen. Burdack: „Die Kinder sollen nicht das Gefühl haben, dass sie etwas einüben müssen.“ Es geht vielmehr, mit Fantasie authentische Situationen zu kreieren, in denen sie sich wie von selbst französische Worte, Floskeln oder ganze Sätze aneignen.

Die Männer und Frauen, die an den Fortbildungen des Partnerschaftsreferats teilnehmen, opfern viel Zeit und Geld, um sich fit zu machen für die spielerisch-vergnügelnde Sprachvermittlung des Französischen. „Deshalb dürfen und sollen sie für ihre Angebote im Kindergarten auch etwas verlangen“, betont Burdack. Kindergärten, die ein Frühfranzösischprojekt starten wollen, jedoch nicht genau wissen, wie sie das am besten anfangen, erhalten vom Partnerschaftsreferat Hilfe. Dort gibt es auch eine Mediathek mit 400 Büchern, Spielen, Kinderreiseführern und DVDs für den frühen Französischunterricht. Alles kann ausgeliehen werden. Auch das Nilpferd Hugo und die freche Handpuppe Lilou. Pat Christ



Michael Werner (r., Vorstand der BVS), Cornelia Degenhardt (2. v. r.) und Ulrich Vogl (l., beide BVS) und Maximilian Weininger (3. v. r., Leiter des Geschäftsbereichs Ausbildung) mit acht der zehn jahrgangsbesten Verwaltungsfachwirtinnen und Verwaltungsfachwirte in Bayern. Die Spitzenreiter sind: Tobias Ott (Landkreis Ostallgäu), Sandra Hartmann (Landkreis Ostallgäu), Regina Mayer (Gemeinde Kirchanschöring), Barbara Scholl (Stadt Ansbach), Julia Vogler (Landkreis Ostallgäu), Julia Leicht (Landkreis Bamberg), Harald Wagner (Verwaltungsgemeinschaft Eschenbach i. d. OPF.), Bettina Sager (Stadt Regensburg), Elisabeth Sepp (Verwaltungsgemeinschaft Habach) und Maria Girnguber (Landkreis Dingolfing-Landau).

273 neue Verwaltungsfachwirte in Bayern:

Verleihungsfeier in Dillingen

Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Bayern nahmen im Herbst des vergangenen Jahres an der Fachprüfung II für Verwaltungsgestellte teil. Im Rahmen der traditionellen Festveranstaltung im Stadtsaal Dillingen wurden nun den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen die Urkunden mit der Bezeichnung „Verwaltungsfachwirtin“ bzw. „Verwaltungsfachwirt“ überreicht. Die Fachprüfung II erlaubt den Absolventinnen und Absolventen den Einstieg in den gehobenen Dienst in der öffentlichen Verwaltung.

Der Vorstand der BVS, Michael Lösch (Stadt Augsburg), ael Werner, und der Vorsitzende gratulierten den 273 erfolgreichen Prüfungsausschusses, Ro-

nen Fachprüfung II. Der Leiter des Geschäftsbereichs Ausbildung, Maximilian Weininger sowie Ulrich Vogl und Cornelia Degenhardt (beide Geschäftsbereich Ausbildung bei der BVS) händigten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Urkunden aus. Die zehn Jahrgangsbesten erhielten von der BVS zudem ein Präsent.

Michael Lindner und Stefan Forstmeier, BVSregional Rosenheim, blickten in ihrer Teilnehmerrede auf einige in Erinnerung gebliebene „Auftritte“ der Dozenten zurück. Mit einem interessanten Rückblick wurden den Anwesenden einige Wahrnehmungen der Prüflinge zu den Klausuren und zur Fachprüfung II gegeben.

Nach der Festveranstaltung im Stadtsaal, die von Sarah Straub & Band begleitet wurde, feierten die Absolventinnen und Absolventen im BVS-Bildungszentrum Lauingen die erfolgreiche Prüfung. Für Stimmung sorgten das Team vom DJ-Express und der Sänger Danny Keen.

Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Bereich der Ausbildung ist sie Zuständige Stelle für sieben duale Berufe, unter anderem auch für den Beruf der Verwaltungsfachangestellten – Fachrichtung Allgemeine innere Verwaltung des Freistaates Bayern und der Kommunalverwaltung. Daneben ist sie zuständig für die Lehrgänge und Prüfungen für den Verwaltungswirt in der mittleren nicht-technischen Verwaltungslaufbahn.


Info unter: www.bvs.de

Landkreis Fürth:

Überregionaler Kinderschutzkongress


Vom 21. bis 22. März findet erstmals ein überregionaler Kinderschutzkongress im Landkreis Fürth statt. An dem zweitägigen Kongress in der Diakonie Puschendorf werden Fachleute in Vorträgen und Workshops Inhalte zum Thema „Kinderschutz“ präsentieren. Außerdem soll der Kongress u. a. dazu beitragen, die Vernetzung zu intensivieren und das neue Bundeskinderschutzgesetz vorzustellen. Der Kongress wird von der Kommunalen Jugendarbeit und KoKi-Netzwerk Frühe Hilfen des Jugendamtes im Landkreis Fürth mit Unterstützung des Präventionsvereins 1-2-3 e.V. und dem Ärztlichen Kreisverband Fürth veranstaltet.

Als Referenten werden Dr. Elisabeth Mützel (Rechtsmedizin, Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Andreas Warnke (Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Psychotherapie, Würzburg), die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht (Mitglied der Kinderschutzkommission des Deutschen Bundestages, Berlin), Prof. Jörg Maywald (Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, Potsdam), Prof. Michael Günter (Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Psychotherapie, Tübingen), Elisabeth Breer (Leiterin der evangelischen Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstelle für den Landkreis Fürth), Sonja Blattmann (Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V., Düsseldorf), Dr. Pia Manjgo (Kinderchirurgie, Landshut), Annegret Steiger (Kriminalhauptmeisterin, Nürnberg), Amanda Müller (Langjährige Leiterin eines sozialpädagogischen Dienstes im Großraum) und Dr. Tanja Ramsauer (Kinderheilkunde und Neonatologie sowie pädiatrische Intensivmedizin, Erlangen), erwartet.



Fortbildung 2012

Jetzt den aktuellen Katalog kostenlos anfordern!



Telefon 089/54057-540
kundenservice@bvs.de
www.bvs.de/kontakt

Alle Fort- und Weiterbildungen auch im Internet: www.bvs.de/seminare

Mittelschule Freilassing setzt Maßstäbe

Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer: Ein Musterbeispiel

Ein Ort an dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich gerne aufhalten, in angenehmer Atmosphäre lernen und arbeiten oder manchmal einfach nur spielen oder sich unterhalten können. Eine Schule, die Schule machen kann, ist in Freilassing entstanden.

Aus einem Massivbau in Stahlbeton-Skelettbauweise aus den 70er Jahren mit dem damals typischen Sichtbeton ist ein Gebäude mit einer fundamental neuen Ästhetik entstanden. Eine klar strukturierte Formensprache und mutige Farbgebung ziehen den Blick auf sich. Große, helle Flächen aus Schichtstoffplatten, stehen in einem interessanten Kontrast zu einem tiefblauen, sowie einem sattorangem Gebäudeteil.

Gelenkt wird der Blick auch durch die Außengestaltung, die ebenfalls auf eine klare Formensprache setzt, sich aber durch organische Formen im

Gegensatz zur strengen Geometrie des Gebäudes positioniert.

Passivhaus

Allein die Ästhetik macht den Bau erwähnenswert, allerdings versteckt sich in seinem Inneren noch viel mehr Erwähnenswertes. Die generalisiertere Mittelschule in Freilassing wurde ein Passivhaus, obwohl hier Aktivhaus fast die bessere Bezeichnung wäre, unterschreiten die Messwerte des Gebäudes doch spielend die Grenzwerte, die notwendig sind, um als solch energetisch hochwertiges Haus bezeichnet zu werden. Die Außen-

haut wurde – wie auch der Blower Door Test bestätigte – so wärmedämmend und luftdicht gebaut, dass das Haus mit einem sehr geringen Energieaufwand geheizt werden kann. Dies erledigt aber nicht eine herkömmliche Heizungsanlage, sondern eine Lüftungsanlage, die die Räume ständig mit im Winter warmer und im Sommer kühler Frischluft versorgt. Die Energie zur Erwärmung der Luft kommt im wesentlichen von der Sonne durch die Fenster, von den Menschen, die sich im Gebäude aufhalten und von den elektrischen Anlagen, die Abwärme erzeugen. Nur ein kleiner Rest muss tatsächlich eingespeist werden – von der nahe gelegenen ebenfalls generalisiertere, historisch wertvollen Grundschule des Ortes.

Hohe Luftqualität

Die Luftqualität im Haus wird durch diese Anlagen so hoch, dass Schüler berichten: „Man kann sich in den Räumen viel besser konzentrieren.“ Und auch die optische Neugestaltung bringt eine Schülerin auf den Punkt: „Früher war es ganz düster und hat wie in einem Gefängnis ausgesehen. Jetzt ist alles hell und bunt – und das färbt auch auf uns Schüler/innen ab.“

Die gesamte Elektro- und Beleuchtungsanlage der Schule wurde von der Zähleranlage bis zur letzten Steckdose erneuert. Auf dem Dach des Gebäudes findet sich eine nach Süden ausgerichtete Photovoltaikanlage, die über eine Laufzeit von 20 Jahren einen Gesamtertrag von 576 MWh einbringt und so 386 Tonnen CO₂, also etwa 190 Jahre Autofahren einspart. Der Strom wird unter anderem für die EDV-Ausrüstung gebraucht, die auf einen Stand gebracht wurde, der so manches Wirt-

ter ist für die temporeiche Zeitreise zwischen der Antike und der nahen Zukunft bereits vollständig gerüstet. Ganz oben auf Flickers Agenda für 2012 steht deshalb das Thema „Personalentwicklung“. In den vergangenen Monaten wurde bereits zusammengestellt, welche Kompetenzen die verschiedenen Mitarbeiter an den verschiede-

schaftsunternehmen mit ein wenig Neid auf die Schülerfirma schauen lässt, die ebenfalls eingerichtet wurde.

Stauen lassen auch die interaktiven Whiteboards. Alle Klassenräume sind mit den digitalen Tafeln ausgerüstet, die an Computer angeschlossen werden und das Bild quasi wie auf einem Computerbildschirm mit Touchscreen verwendbar machen. Alles was am PC geht, geht auch von Hand am Board.

Generalisierung in Rekordzeit

In der Rekordzeit von nur einem Jahr wurde die Generalisierung umgesetzt, die ein Haus entstehen ließ, das aufgrund der energetischen Gesamtbilanz dem aktuellen Stand des Neubaugeschehens auf Jahre voraus ist. Platz finden nun nicht nur Mittel- und Wirtschaftsschule mit offener Ganztagschule, sondern auch ein Kinderhort und die Stadtbücherei. VHS und Musikschule nutzen das Gebäude auch sehr gerne und eine großzügige, ebenfalls neu geschaffene Aula schafft Raum für Bürgerforen und andere größere Veranstaltungen.

Punktlandung

Da auch noch die Finanzierung des Gebäudes eine Punktlandung wurde und genau den Kalkulationen entspricht und die Fördergeber sich sehr zufrieden mit dem Einsatz der Mittel zeigen, sprach Bundesminister Dr. Peter Ramsauer bei seinem Besuch am Tag der offenen Tür von einem Musterbeispiel. Ein Musterbeispiel für Kooperation von Bund, Land und Kommune ebenso wie für Innovation und zukunftsweisende Arbeit.

Ähnlich sah es auch der oberbayerische Regierungspräsident Christiane Hillenbrand, der das Gebäude in der Spitzenliga sieht und die Stadt lobte, trotz enger werdender Spielräume kommunaler Haushalte „Nägel mit Köpfen gemacht und in beachtlichem Umfang in eine Bildungseinrichtung und damit in die Zukunft von uns allen investiert“ hat.

Arbeitsplätzen der Bücherei haben müssen. Der Kompetenzkatalog wurde daraufhin abgeglichen mit dem, was die Beschäftigten an Können mitbringen. Defizite zeigten sich häufig beim Thema „Elektronische Medien“ oder „Neue Technologien“. Dazu soll es deshalb im kommenden Jahr mehrere Trainings geben. **Pat Christ**



Bundesminister Dr. Peter Ramsauer mit Erstem Bürgermeister Josef Flatscher beim Eintrag ins Goldene Buch der Stadt.

Metropolregion Nürnberg:

Strukturen stärken

Der Rat der Metropolregion Nürnberg hat in einer außerordentlichen Sitzung in Bayreuth die Weiterentwicklung seiner Organisationsstruktur beschlossen. Die Mitwirkung der Wirtschaft wird sich intensiver gestalten. Dies geschieht im Schulabschluss mit den Kammern aus der Metropolregion unter Federführung der IHK Nürnberg für Mittelfranken und dem Marketingverein der Metropolregion.

Wie der Ratsvorsitzende und Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis hervorhob, habe sich die Metropolregion nach „wildem Anfangsjahren“ gut etabliert. Nun sei etwas mehr Formalisierung angebracht. Die Strukturen sollen gestärkt werden, ohne dabei jedoch die Kreativität aufzugeben. Dirk von Vopelius, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Nürnberg und fachlicher Sprecher des Forums Wirtschaft, meinte: „Unsere Unternehmen haben großes Interesse an einer gut funktionierenden Metropolregion und sind bereit, sich dafür auch stärker finanziell zu beteiligen.“

Neuer Förderverein

Neben dem Ratsvorsitzenden soll es künftig einen Wirtschaftssprecher der Metropolregion geben, der die Region nach außen vertritt. Der Steuerungskreis wird als operatives Zentrum der Metropolregion gestärkt und um drei Vertreter aus der Wirtschaft erweitert. Ein neuer Förderverein „Wirtschaft für die Metropolregion“ soll es den Unternehmen ermöglichen, sich finanziell zu beteiligen und bei der Umsetzung von strategischen Themen mitzuwirken. Zur weiteren Professionalisierung der Strukturen werden die Geschäftsstelle Metropolregion und die Geschäftsstelle des Marketingvereins zu einer schlagkräftigen Einheit verbunden. Die Umstrukturierung soll bis Ende April 2012 abgeschlossen sein. Der Sitz der Geschäftsstelle bleibt in Nürnberg.

Projekt „Zukunftscoach“

Mit dem in der Ratssitzung vorgestellten Projekt „Zukunftscoach“ sind konkrete Schritte zur Bewältigung des demografischen Wandels durch Qualifizierung und Stärkung des Arbeitsmarktes möglich. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hat die Förderung von Stellen in der Metropolregion mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in Aussicht gestellt. Hier soll durch die Geschäftsstelle ein gemeinsamer Antrag mit mehr als zehn Landkreisen auf den Weg gebracht werden.

Der Zukunftscoach soll direkt in der Region für die Projektdauer von zwei bis vier Jahren angesiedelt werden. Die Projekte sollen regional angesiedelt werden und die Umsetzungen auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt sein, weshalb verschiedene Aktivitäten oder verschiedene Schwerpunktsetzungen zu erwarten sind. Die Land-

kreise bzw. Regionen definieren ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten selbst. Vergleichbar ist das Projekt „Zukunftscoach“ mit dem Projekt „Innovationsregion bayerischer Wald“ **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

W-Lan und Wiki-Gärtner

Bibliothek: Hinter den Kulissen modernisiert
Anja Flicker die Würzburger Stadtbücherei

Bei einem Rundgang durch die Würzburger Stadtbücherei fallen zunächst die dreidimensionalen Übersichtstafeln aus. Die hat nicht jede Bibliothek. Auch die besondere Aufstellung mancher Bücher in Themenkreisen springt Büchereikennern ins Auge. So steht in der Abteilung „Medizin“ alles über „Babys“ - auch Vornamenbücher, die eigentlich zur Abteilung „Sprache“ gehören. Ansonsten sind viele früheren Besonderheiten heute normal: „Andere griffen inzwischen auf, was wir vormachten“, so Büchereileiterin Anja Flicker.

Gegenüber der Musikbücherei im zweiten Stock, wo Serenaden von Brahms oder bretonische Tänze entliehen werden können, sitzt Anja Flicker in ihrem Büro soeben über ihrem Zwei-Jahres-Rückblick. Im Januar 2010 trat die 42-Jährige ihr Amt als Nachfolgerin von Hannelore Vogt an. Seither hat sich einiges geändert. Was Büchereibenutzer jedoch allenfalls indirekt merken. Die meisten Veränderungen geschahen hinter den Kulissen. „Besonders stolz bin ich auf das 2011 eingeführte, interne Wiki“, sagt die Bibliothekarin. Keine andere Stadtbücherei in Unterfranken hat bisher ein solches Hypertext-System, dessen Inhalte von allen Beteiligten laufend online fortentwickelt werden können.

Auf dem neuesten Stand

Wann haben die übers Stadtgebiet verteilten Standorte der Bücherei geöffnet? Wie lange dürfen Filme verliehen werden? Welche Prominenten kommen diesmal zum Literarischen Herbst nach Würzburg? Alles, was sich die 45, auf 28 Stellen verteilten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bisher per Mail mitgeteilt oder mündlich besprochen haben, was sie in Ordnern oder im Intranet nachlesen mussten, steht seit Sommer im Wiki. Seither ist es wesentlich einfacher und schneller möglich, sich über alles, was die Bibliothek betrifft, auf den neuesten Stand zu halten. Das wiederum kommt den Nutzern zugute.

Der Todfeind eines jeden Wikis sind Manipulatoren mit Spaß daran, bewusst falsche Inhalte einzustellen. Das war denn auch anfangs ein Punkt, der dem Team Sorgen bereitete: Wenn jeder am Infosystem mitstricken darf, wenn jeder unzensuriert ergänzen und aktualisieren kann, was ihm wichtig erscheint, stimmt dann am Ende noch alles? Die Bedenken stellten sich als unbegründet heraus. Im Gegenteil: Die Mitarbeiter gehen laut Flicker äußerst sorg-

fältig mit ihrem Wiki um. Zensur ist nicht nötig - allerdings muss hin und wieder „Informationsunkraut“ gejätet werden. Das erledigen ausgewählte „Wiki-Gärtner“: „Von ihnen werden die Informationen gehegt und gepflegt.“

Eine gute Lösung

Unmutig reagierten in jüngster Zeit einige Büchereinutzer auf eine Neuerung, die von der Mehrheit der Leser sehr positiv aufgenommen wurde: An vielen Orten der Stadtbücherei kann inzwischen mit dem eigenen Laptop kostenlos gesurft werden. Der Wunsch nach W-LAN wurde immer wieder geäußert. Doch lange galt die Realisierung als technisch zu umständlich. Nach einigem Experimentieren fand das Team um Anja Flicker gemeinsam mit der IT-Abteilung des Würzburger Rathauses eine gute Lösung. Was vor allem Schüler und Studierende freut, stößt jedoch bei einigen Nutzern auf Ablehnung - sie haben Angst vor Strahlenbelastung.

Bibliophile Schätze

Dass das Traditionelle bei allem Trend zur Innovation nicht vernachlässigt wird, zeigen die bibliophilen Schätze, die im Magazin verwahrt werden. Hier finden sich Raritäten von Leonhard Frank, Zeitschriften wie der „Altfränkische Bilderkalender“ der Gesellschaft für Fränkische Geschichte sowie mehrere Bände des „Archivs des historischen Vereins für den Untermainkreis“. Der Spagat zwischen Tradition und Innovation macht Flickers Arbeit so interessant. Wobei vor allem der Part „Innovation“ vorwärtsgetrieben wird. Ständig gibt es Neuerungen. So werden Medien, die auch elektronisch vorliegen, seit neuestem mit einem QR-Code versehen. Der kann von sofort mit dem Smartphone eingescannt werden.

Nicht jeder Büchereimitarbei-

Digitale Medien:

„Franken-Onleihe“ jetzt online

Bibliotheksverbund startet neues Angebot

Die von 16 öffentlichen Büchereien in Franken gegründete „Franken-Onleihe“ ist mit einem ersten Angebot von vorläufig rund 5.000 digitalen (virtuellen) Medien gestartet, die rund um die Uhr von zu Hause oder unterwegs ausgeliehen werden können. Das Angebot steht allen Nutzern, die in einer der 16 fränkischen Bibliotheken von Alzenau über Bayreuth bis Wunsiedel angemeldet sind, zur Verfügung. Am Jahresende werden es dann rund 10.000 digitale Medien sein, die von den Bibliothekskunden heruntergeladen werden können.

Die Ausleihe ist kinderleicht und erfolgt nach der Anmeldung mit Büchereiausweis per Download auf den PC und/oder auf mobile Endgeräte wie MP3-Player oder E-Book-Reader. Wie für die „richtigen“ Bücher oder CDs gibt es auch für die digitalen Medien eine Leihfrist.

Die technischen Voraussetzungen bringen viele handelsübliche E-Book-Reader, Smartphones, iPad und iPhone mit. Die Nutzung ist damit unabhängig von den Öffnungszeiten der Stadtbibliothek und auch völlig ortsungebunden. Damit bietet sich die Onleihe für Menschen an, die nicht zu den ausgedehnten Öffnungszeiten in die Bibliothek kommen können oder nicht mobil sind. Dass sich die 16 beteiligten Bibliotheken auch neue Nutzerschichten unter den Bürgern erhoffen, die die elektronische Datenwelt den Print- und „analogen“ Medien vorziehen, steht dabei außer Frage. **DK**

US-Truppenstandorte Bamberg und Schweinfurt:

Schrittweise Auflösung

Die US-Standorte Bamberg und Schweinfurt werden schrittweise aufgelöst, der Standort Ansbach bleibt in der bisherigen Stärke erhalten. Dies ergab ein Treffen der drei Oberbürgermeister mit dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant Mark Hertling, am Stützpunkt der US-Armee in Ansbach-Katterbach.

In Deutschland sind derzeit 36.000 US-Soldaten stationiert, knapp 20.000 davon in Bayern. Dazu kommen noch doppelt so viele Familienangehörige der Soldaten. Das US-Verteidigungsministerium hatte vor wenigen Wochen mitgeteilt, dass schwere Armeebrigaden aus Europa verlegt werden, ohne jedoch genaue Details zu nennen. Die US-Armee soll in den kommenden zehn Jahren aus Kostengründen von derzeit 570.000 auf 490.000 Soldaten verkleinert werden.

Der kontinuierliche Abbau der Truppen in Schweinfurt und Bamberg mit insgesamt 7.500 Soldaten wird sich voraussichtlich zwei bis drei Jahre bis zur endgültigen Schließung hinziehen. Der Standort Ansbach-Katterbach mit Illesheim (Landkreis Neustadt-Aisch/Bad Windsheim) hat hingegen keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Dort sind insgesamt rund 3.000 Soldaten stationiert.

In Schweinfurt sind von dem Abzug auch mehrere hundert deutsche Zivilbeschäftigte betroffen. Dort beschäftigt die US-Armee nach Angaben von Oberbürgermeister Sebastian Remelé rund 600 Mitarbeiter, in Bamberg sind es laut Amtskollege Andreas Starke rund 500, darunter 370 Deutsche. Für diese Menschen sei das eine schwierige Situation, sagte Starke. Zum Glück sei der Bamberger Arbeitsmarkt aber derzeit sehr robust. Die Stadt werde sich mit der Wirtschaft um Ersatzarbeitsplätze bemühen, versprach der Rathschef.

Die Schließung des Standorts nannte Starke eine „logische Konsequenz“ der US-Truppenreduzierung in Europa. Der Abzug habe für die Stadt „weitreichende Folgen“: So hätten alleine Baufirmen, Handwerker und Dienstleister durch die Streitkräfte einen Umsatz von 34 Millionen Euro gemacht. „Das wird natürlich fehlen, aber in der Krise steckt auch eine Chance“, sagte Starke im

Blick auf dringend benötigte Studentenunterkünfte.

Auch der Schweinfurter Bürgermeister Sebastian Remelé betonte, er könne dem Abzug auch etwas Positives abgewinnen. Die Stadt brauche dringend Wohnraum speziell für junge Familien. Zudem denke man über neue Gewerbeflächen nach. Auf der anderen Seite stünden nun 600 zivile Arbeitsplätze zur Disposition.

Derartige Probleme kommen vorerst auf die Stadt Ansbach nicht zu. Für deren Oberbürgermeisterin Carda Seidel hat die Entscheidung, dass die Heeresflieger bleiben, freilich zwei Seiten. Zum einen seien die rund 3.000 Soldaten und ihre etwa 5.500 Familienangehörigen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt und das Umland: zum anderen ziehe der Erhalt des Heeresfliegerstandorts aber auch weiterhin Probleme mit dem Hubschrauberlärm nach sich.

Mögliche Hilfen des Bundes

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich stellte den betroffenen Städten Hilfen des Bundes in Aussicht. „Die Städte und Gemeinden sind unterschiedlich betroffen. Auch von den letzten Umstrukturierungen bestehen noch offene Wunden“, sagte er und fügte hinzu: „Wo immer der Bund Spielräume hat, wird er sicher helfen.“

Bayerns Staatskanzleichef Thomas Kreuzer hob hervor, dass der Abzug von zwei Infanteriebrigaden der US Army aus Europa und die damit einhergehende Auflösung der Standorte in Bamberg und in Schweinfurt die beiden Kommunen und den Freistaat insgesamt empfindlich treffen werden.

Kreuzer: „Auch wenn die detaillierte Struktur der amerikanischen Streitkräfte in Europa noch nicht endgültig feststeht, ist klar, dass Bayern als einer der bedeutendsten US-Truppenstan-

dorte erheblich vom Abzug betroffen sein wird. Die Neuausrichtung der US-Sicherheits- und Verteidigungspolitik beruht in erster Linie auf strategischen Entscheidungen, die den Fokus der militärischen Interessen Amerikas verstärkt im asiatisch-pazifischen Raum sowie im Mittleren Osten und weniger in Europa sehen. Der Abzug der amerikanischen Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Familienangehörigen aus Bamberg und aus Schweinfurt wird beide Städte, das Umland und den Freistaat insgesamt vor große Herausforderungen stellen, insbesondere im Hinblick auf die Konversion der militärischen Liegenschaften. Andererseits ergeben sich hieraus auch große Chancen, wie die Beispiele Würzburg und Erlangen zeigen.“

Chancen realisieren

Bamberg und Schweinfurt könnten sich darauf verlassen, dass die Staatsregierung die Kommunen und die Menschen vor Ort nicht im Stich lassen, sondern vielmehr bei der Realisierung dieser Chancen unterstützen wird. „Regionen, aus denen die amerikanischen Streitkräfte abziehen, sollen die gleiche Unterstützung erhalten, wie wir es den im Rahmen der Bundeswehrreform betroffenen Kommunen zugesichert haben. Ich werde schon sehr bald mit den politisch Verantwortlichen vor Ort sowie den Vertretern der Zivilbeschäftigten über konkrete Hilfsmöglichkeiten sprechen. Ziel muss sein, die Auswirkungen abzufedern und soweit möglich Chancen für Entwicklungsperspektiven zu nutzen.“

Bayern bleibt zentrales Standbein

Erleichtert zeigte sich Kreuzer darüber, dass nach den bisher bekannten Planungen der Bestand der US-Standorte in Grafenwöhr, Hohenfels, Vilseck, Ansbach-Katterbach, Illesheim und Garmisch-Partenkirchen dauerhaft gesichert ist: „Die Staatsregierung hat sich in zahlreichen Gesprächen auf hochrangiger politischer und militärischer Ebene dafür stark gemacht, dass die bayerischen US-Standorte erhalten bleiben. Mir wurde seitens der Amerikaner immer wieder signalisiert, dass die Vorzüge des Standorts Bayern in den fachlichen und politischen Entscheidungsprozessen von Bedeutung sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Freistaat Bayern für die Vereinigten Staaten von Amerika auch weiterhin eine herausragende Bedeutung haben wird. Die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Bayern ist in den letzten Jahrzehnten zu einem wichtigen Symbol für die besondere Beziehung zwischen Bayern und den USA geworden. Ich bin daher – trotz der bedauerlichen Auflösungen in Bamberg und Schweinfurt – sehr froh, dass der Freistaat ein zentrales Standbein der US-Armee in Europa bleiben wird.“ **DK**

Breites Themenspektrum

Als Schirmherren fungieren der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber und Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf. In einem Grußwort weist dieser darauf hin, dass regionale Themenmessen wie die Landshuter Umweltmesse eine ideale Gelegenheit sind, sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Die Umweltmesse bietet ein breites Spektrum, das Informa-

tionen und Lösungen für viele umweltspezifische Aspekte offeriert.

„Die Konkurrenz schläft nicht, aber den Veranstaltern der Landshuter Umweltmesse ist es gelungen, sich in Niederbayern und darüber hinaus als eine der wichtigsten Plattformen zu etablieren“, so Rampf. Durch freientritt, freies Parken und fachgerechte Kinderbetreuung sei ein Besuch der Messe auch für Familien attraktiv. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, meine Damen, was hat St. Valentin Ihnen gebracht? Graue Schokolade oder welke Blumen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, grinste über das ganze Gesicht, als er seine Vorzimmercrew das fragte, weil er sich als bekennender Valentinstags-Boykottierer über den ganzen Rummel um den 14. Februar erhaben fühlte.

Nun, Gott sei Dank konnte ich kühl entgegnen, dass ich nach einer leider längeren Phase der Badezusätze und Bonbonnieren nunmehr zum Subjekt der Begierde eines männlichen Wesens geworden bin, der vielleicht kein Frauenversther ist, aber dennoch weiß, dass ein selbstgekochtes Abendessen mit passendem Wein einer Frau das Herz öffnet.

Damit bin ich natürlich privilegiert, ich weiß. Wenn man sich so die Werbung der letzten Tage und Wochen angehört hat, hätte es auch



ben, ist jedenfalls nach meinem Verständnis schon lange so was wie eine Tradition. Entgegen verbreiteter üblicher Nachrede haben nicht Floristen und Zuckerbäcker das Fest erfunden, sondern es geht auf ein Gedicht zurück, das am englischen Hof im Mittelalter sehr populär war und davon handelte, wie die Vögel sich an Mutter Natur wenden, damit jeder einen Partner fände – einfach romantisch. Um das Ganze zu feiern, schenkten erst die englischen Edelleute, dann in späteren Jahrhunderten auch die Bürger ihren Liebsten Blumen und Naschwerk. Vor allem aber schrieb man der oder den Angebeteten je nach Talent selbst ein Gedicht oder wenigstens einen schönen Brief mit liebevollen Worten.

Da haben wir's, was allen Galanen, pickligen Jünglingen, frischverliebten Kerlen, abgebrühten Aufreißern, kürzlich angetrauten und länger verheirateten Ehemännern ins Stammbuch gehört: Kein Valentinstag ohne Liebesbrief! Man bekommt heute im Laufe eines Tages mindestens drei Dutzend E-Mails, mehrere SMS, PDF-Files zum Abwinken, im Briefkasten landen Werbeschreiben, Rechnungen, epost-Briefe, aber wer bekommt schon noch einen schönen, handgeschriebenen Brief, sorgfältig per Hand adressiert und mit einer schönen Briefmarke statt eines Computerlabels frankiert? Ein solcher Brief erfreut und überrascht doch mehr als Champagnertrüffel, Rosen oder Dessous. Vor allem signalisiert er: Da hat sich jemand Zeit genommen, an mich zu denken, über mich nachzudenken und mir zu zeigen, wie wichtig ich ihm bin.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaute mich an, als sei ich beküfft. Aber widersprechen konnte er mir nicht: Den letzten Liebesbrief hat seine Frau von ihm bekommen, als er die erste Dienstreise nach der Eheschließung antrat und er vor dem Versumpfen in der Hotelbar noch voller Leidenschaft an sie dachte. Also, Chef, nächstes Jahr am 14. Februar wieder zur Feder gegriffen! Auch eingedenk des Satzes von Jeremias Gotthelf auf dem heutigen Kalenderblatt: „Es ist mit der Liebe wie mit den Pflanzen: Wer Liebe ernten will, muss Liebe säen.“

Wer Liebe ernten will, muss Liebe säen

schlimmer kommen können. Was wurde da nicht alles als Liebesgruß angepriesen? Wellnesswochenenden und Kurztrips nach Paris oder Warschau, dessen romantischem Pendant im Osten, lässt man sich ja noch eingehen. Aber was Handy-Flatrates, Entertainment-Packages oder Videospiele mit dem Tag der Liebe zu tun haben, ist eher schleierhaft. Zum Trost für alle, die einen Seidenschal, ein Wochenende im gemieteten Cabrio oder einen Kochkurs (Schmackhaftes für Singles) geschenkt bekommen haben: Schlimmer hat es unsere Geschlechtsgegnossen erwischt, deren Partner nicht mehr Hirnschmalz investiert haben, als nötig war, um einen Parfümerie- oder Outlet-Gutschein zu besorgen.

Da stellt sich natürlich, so wie es mein Chef tut, die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Also ich finde es eine schöne Sache, dass es diesen besonderen Tag der Liebenden gibt, für den man sich – in der Theorie – den Kopf zermartert, womit man seiner Angebeteten eine Freude machen könnte. Dabei ist es doch egal, dass der Brauch aus England stammt und erst mit den Amerikanern zu uns kam. Der erste Valentinstag in Deutschland hat angeblich 1950 in Nürnberg stattgefunden – und was unsere (Ur-)Großväter/(Ur-)Großmütter praktiziert ha-

the Sabriul

Landshuter Umweltmesse:

Der Countdown läuft

Mit mehr als 35.000 Besuchern rechnen die Veranstalter der 7. Landshuter Umweltmesse, die vom 22. bis 25. März in der Sparkassen-Arena stattfindet. Über 250 Aussteller werden nach Angaben von Rudi Schnur, Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft LA-umwelt, die die Messe veranstaltet, wieder in der Arena und auf deren Gelände mit von der Partie sein.

Die Wirtschaft boomt nach wie vor. Das gilt vor allem auch für die Region Landshut. Beste Voraussetzungen also für die Organisation und Durchführung von Messen. Das Messe-Motto lautet heuer „Bauen und Wohnen, Natur und Technik, Energie und Mobilität, Gesundheit und Ernährung“. Dabei stehen über 70 Vorträge auf dem Programm.

Vielfältig ist das Messeangebot: So wird eine Firma, die Blockheizkraftwerke baut und verkauft, ebenso als Aussteller fungieren wie zwei Ziegelunternehmen, deren neueste Produkte, mit wärmedämmenden Materialien gefüllte Ziegel, reichlich Umweltbewusstsein dokumentieren.

Mit dabei sind auch Organisationen wie die AOK. Ebenfalls dabei ist die Stadt Landshut mit einem großen Info-Stand, den das Amt für Umwelt federführend aufbauen und betreuen wird. Hierbei wird über das En-

ergie- und Klimaschutzkonzept der Bezirkshauptstadt informiert.

Auf dem Freigelände darf der Vilsbiburger Event-Künstler Remo Leghissa einen Skulpturenpark aufbauen. Ein Altdorfer Radlmarkt wird eine breite Palette von Elektrofahrzeugen auf dem Freigelände, auch zum persönlichen Testen, vorstellen. Mit von der Partie ist auch die Schönbrunner Tagesstätte „Kinderinsel“.

Breites Themenspektrum

Als Schirmherren fungieren der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber und Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf. In einem Grußwort weist dieser darauf hin, dass regionale Themenmessen wie die Landshuter Umweltmesse eine ideale Gelegenheit sind, sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Die Umweltmesse bietet ein breites Spektrum, das Informa-



Gestaltungswettbewerb „Krafthaus Energiespeicher Riedl“:

Passauer Büro gewinnt

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG hat den Gewinner des Gestaltungswettbewerbs für das geplante Krafthaus des Energiespeichers Riedl im Haus am Strom gekürt. Eine sechsköpfige Jury hat sich nach einer intensiv geführten Wertungstagung für Büro Denz aus Passau entschieden. Ein moderner Kubus mit einer Fassade aus Glas- und Aluminiumelementen soll künftig die Kraftstation mit den Maschinensätzen auf dem Gelände des bestehenden Laufwasserkraftwerks Jochenstein beherbergen. „Da wir aufgrund der Maßgabe der positiven Landesplanerischen Beurteilung von Anfang August 2011 statt einer Kraftkaverne ein 60 Meter tiefes Schachtkraftwerk errichten werden, haben wir uns Gedanken gemacht, wie wir topographisch diesen Hochbau im Ensemble des Donaukraftwerks Jochenstein und Haus am Strom am idealsten einfügen“, informiert Projektleiter Dominik Mayr. „Zu diesem Zweck haben wir diesen Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben.“

Unser Bild zeigt von links: Johann Strobel, Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG, Günter Kohl, Geschäftsführer des Haus am Strom, Karl Maresch, Betriebsleiter des Donaukraftwerks Jochenstein, Herfried Harreiter, Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG, Dr. Dominik Mayr, Projektleiter des Energiespeichers Riedl, Hermann Duschl, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Untergriesbach, Passaus Kreisbaudirektor Edgar Küblbeck, Architekt Walter Schweiz, Alexander Feßl vom Hauzenberger Architekturbüro Feßl & Partner, Dr. Thomas Kupferschmid, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, und Andreas Sperling von der Unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt Passau. Foto: DKJ, Jochenstein

Fahnen Koch GmbH in Coburg:

Tradition und modernste Techniken

Qualität rund um Fahnen und Vereinsbedarf - und dies schon in der 4. Generation - liefert seit 1857 Fahnen Koch in Coburg. Die Devise der wohl ältesten Fahnenfabrik Europas lautet: „Eine gute Vereinsfahne hält ewig - Vereinsfahnen vom Koch halten länger!“

Anfänglich spezialisierte sich die Firma auf gestickte Fahnen und auf das textile Kunsthandwerk. In den 80er Jahren wurde die erste Druckerei eingerichtet. Heute umfasst die Firma eine Stickerei, eine Näherei sowie eine moderne Stoff-Druckerei. Durch erprobte Techniken, hochwertige Materialien und perfekt ausgebildetes Fachpersonal können kostengünstig Fahnen hergestellt werden.

Hauptprodukt

Fahnen Koch stellt sich als mittelständiges Familienunternehmen mit mehreren Firmen und Töchtern dar. Das Hauptprodukt des Unternehmens ist die Fahne und die Veredlung von Textilien. Die Unterteilung in diverse Firmengruppen unterstreicht, wie flexibel das Unternehmen im Textilbereich agiert.

Eigene Werbeagentur

Fahnen Koch hat beispielsweise eine eigene Werbeagentur. Hier werden Kundenwünsche graphisch und heraldisch umgesetzt. Modernste CAD unterstützen die ausgebildeten Zeichnerinnen in der handwerklichen Kunst der Freizeichnung.

In der Coburger Fahnenfabrik werden für die traditionsreiche gestickte Vereinsfahne noch

Handstickerinnen im Handwerk ausgebildet. Für Abzeichen und Mengenartikel werden aber auch Computerstickereien eingesetzt. Hier setzt Fahnen Koch internationale Maßstäbe.

Die moderne Sieb-Drucktechnik bringt in der 1980 gegründeten Bayerischen Flaggen-druckerei farbenfrohe Fahnen hervor. Kleinste Mengen bis zu Großauflagen werden hier termingerecht umgesetzt und im umweltfreundlichen Dampf-Druckverfahren fixiert.

Neue Verfahrenstechniken

In eigenen Labors werden neue Fahnenstoffe patentiert sowie neue Verfahrenstechniken entwickelt und getestet. Da Fahnen durch Umwelteinflüsse einen Grauschleier bekommen, werden die Fahnen unansehnlich und lassen sich durch eine Haushaltswäsche auch nicht mehr so einfach reinigen. Deshalb wurde eine Methode entwickelt, das Fahnen mit einem Grauschleier wieder wie neu aussehen lässt - das Koch-Wasch-Verfahren.

Zuverlässiger Partner

In Größe und Vielfalt ist Fahnen Koch jedem „Fahnenproblem“ gewachsen. Geschäftsführer Hartmut Koch zufolge liegt dies am perfekt ausgebil-

deten Fachpersonal und der permanenten Schulung der Mitarbeiter, am Teamgeist und nicht zuletzt an der traditionsbewussten Firmenphilosophie. Fahnen Koch hält am Standort Deutschland fest und bezieht von dort über 90 Prozent seiner Roh- und Hilfsstoffe. „Der Kunde findet in Fahnen Koch einen zuverlässigen Partner hinsichtlich Qualität, Lieferzeit und Service“, bilanziert der Geschäftsführer. **DK**

Bayerischer Landkreistag / Bezirksverband Oberfranken:

Bernd Hering ist neuer Vorsitzender

Selbitz - Der Hofer Landrat Bernd Hering ist der neue Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken im Bayerischen Landkreistag. Er wurde von den oberfränkischen Landräten zum Nachfolger des ehemaligen Lichtenfelder Landrats Reinhard Leutner gewählt, der aus dem Amt ausgeschieden ist. Zu Herings Stellvertreter wurde der Wunsiedler Landrat Dr. Karl Döhler bestimmt.

Im Rahmen der Sitzung des Bezirksverbandes diskutierten die Landkreischefs der neun oberfränkischen Landkreise mit Regierungspräsident Wilhelm Wenning, mit ehemaligen Landräten, Kreistagsmitgliedern sowie mit Johannes Reile, dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des bayerischen Landkreistages.

Aufsteigerregion

Der bisherige Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden Bernd Hering, der die Arbeit des Gremiums während des vergangenen Jahres Revue passieren ließ, äußerte sich u. a. zur Diskussion um die Wiedereinführung der alten Kfz-Kennzeichen. Er und seine Kollegen seien sich einig gewesen, das Rad der Geschichte nicht zurückzudrehen. Auch der umstrittene Bericht des bayerischen Zukunftsrates beschäftigte das Gremium. Man lasse sich nicht schlecht reden,

Produktpalette

- Vereinsfahnen in jeder Form - ob als Standarte, Banner oder als Schwenkfahne
- Festbedarf - ob Schärpen, Eintrittsbänder, Eintrittskarten oder Urkunden
- Vereinsbedarf - neben dem Festbedarf auch Abzeichen, Aufnäher, Tischbanner oder auch das Stammtischbanner
- Textilveredelung - ob Hemd, Tischdecken, Servietten, Westen oder andere Textilien
- Fahnenzubehör - Bandleiere, Fahnenstangen, Fahnenbänder, Trauerbänder, Fahnenbandringe, Fahnen-träger-Handschuhe sowie Schärpen für jeden Anlass. **DK**

KPV im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim:

Auf Müller folgt Helm

Bad Windsheim. Führungswechsel bei der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU im Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim. Nach 15-jähriger Amtszeit wollte Peter Müller den Kreisvorsitz an eine Person übergeben, die „kommunalpolitisch noch etwas vorhat“. Gewählt wurde ohne Gegenstimmen der 42-jährige Bad Windsheimer Stadtrat Matthias Helm, dort auch Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr.

Stellvertreterin bleibt die Vorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, 2. Bürgermeisterin Brigitte Hegendörfer aus Markt Erlbach. Neu in der Funktion eines Stellvertreters ist Martin Hunderdtschuh, Gemeinderat in Ipsheim.

Schwerpunkte

In seinem Bericht ging Peter Müller auf die Schwerpunkte seiner Tätigkeit ein, von Ge-

mehr schwindet der Anreiz zu eigenen Anstrengungen“. Dies gelte nicht nur für den Länderfinanzausgleich.

Mit einer schlüssigen Argumentationskette erläuterte Marcus Dornauer vor der KPV sein Konzept von Bürgerwindrädern. Seit vielen Jahren engagiert sich Dornauer im Bereich des Schutzes von Umwelt und Natur, seit einiger Zeit auch als Projektentwickler und Geschäftsführer von Bürgerwindkraftanlagen. „Dabei geht es um die Wertschöpfung in der Region, um eine umweltverträgliche Energieerzeugung, um kurze Energietransportwege und in einem letzten Schritt auch um Energie-Autonomie.“

Beitrag der Kommunen

Nach Ansicht von Peter Müller könne Windkraft allein die Energiewende nicht bewirken, „aber bei der Windkraft können die Kommunen ihren eigenen Beitrag dazu leisten“. Nach seiner Meinung müsse auch vor Ort Verantwortung für weltweite Veränderungen wahrgenommen werden. „Die Nachkommen werden es uns danken“, so Müller.

Deutliche Signale

CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold sprach in seinem Grußwort von der Kommunalpolitik als „Wurzel jeder politischen Arbeit“. Er stehe uneingeschränkt zu dem Ziel, die Staatsverschuldung abzubauen und bescheinigte dem neuen Finanzminister Dr. Markus Söder, hier in kürzester Zeit bereits deutliche Signale gesetzt zu haben. Ebenso unterstütze er die Bestrebungen der Staatsregierung nach Änderungen beim Länderfinanzausgleich. **PM**



Matthias Helm. □

meindebesuchen und Seminaren bis hin zu Veranstaltungen mit hochkarätigen Politikern aller Ebenen. „Gemäß unserem Motto, dass vor Ort geregelt werden sollte, was vor Ort geregelt werden kann, haben wir uns auch nicht in örtliche Strategien eingemischt, wenn wir nicht gefragt waren“.

Nach seiner Meinung sollten die Kommunalpolitiker gemeinsam für eine Erweiterung des Handlungsspielraums und der Eigenständigkeit von Landkreisen, Städten und Gemeinden eintreten. „Wir wollen keine Verwalter sondern Gestalter sein“, so Müller. „Je mehr Umverteilung stattfindet, umso

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/6933 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 09245/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
www.fahnen-koch.de eMail info@fahnen-koch.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
www.fahnen-koch.de eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Petek Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 • www.hailo-professional.de

Sportgeräte

BENZ SPORT

www.benz-sport.de ORIGINAL
Tel. 07195 / 49 05 - 0 | Fax 07195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 • 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de